

FaktenCheck: HELLAS

Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland

Nummer 1 April 2015

Waterboarding-Folter und Griechenland-Krise



Montage: Joachim Römer

Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis verglich den Umgang der Kreditgeber mit Griechenland mit der Folterpraxis des Waterboarding: „Griechenland wird sprichwörtlich unter Wasser gedrückt. Kurz vor dem Herzstillstand wird uns gestattet, ein paar Atemzüge zu nehmen. Dann drückt man uns wieder unter Wasser. Und alles geht von vorne los.“

Die Beschreibung trifft zu. Diese Folterpraxis wird gegenüber Griechenland verstärkt angewandt, seit in dem Land eine neue, demokratisch gewählte Regierung amtiert. Obgleich aus einem früher beschlossenen Kreditprogramm noch eine Tranche in Höhe von 7,2 Milliarden Euro offen steht, die „eigentlich“ Anfang des Jahres hätte überwiesen werden können, unterblieb die Auszahlung der Summe. Stattdessen fordern die EU und der Internationale Währungsfonds von der griechischen Regierung immer neue „Listen“ mit „Reformen“. In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, die griechische Regierung wolle schlicht weiteres EU-Geld – und dies, um ungerechtfertigte soziale Geschenke zu verteilen. O-Ton *Bild* vom 27. Januar: „Das alles sollen die Griechen kriegen – 1000 Euro für Putzfrauen (halbtags)!“

Nun legt die griechische Regierung unter dem erpresserischen Druck durchaus solche „Listen“ vor; die Athener Tageszeitung *Kathimerini* schrieb hierzu am 31. März über die neue Athener „Liste“: „Auf den 17 Seiten der griechischen Vorschläge sowie in den 35 Begleitseiten mit Zusatzdaten sind exakt kostenberechnete Maßnahmen enthalten.“ Doch der Euro-Group und hier insbesondere

dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble gehen die Vorschläge nicht weit genug. Vor allem soll verhindert werden, dass die griechische Regierung einen Kurs stoppt, mit dem auf Kosten der Armen und der durchschnittlichen Bevölkerung gespart und der fortgesetzte Ausverkauf von öffentlichem Vermögen betrieben wird.

Und so drängen die EU-Folterspezialisten konkret darauf, dass die Einkommen von Hunderttausenden griechischen Rentnerinnen und Rentnern nochmals gekürzt werden (durch Streichung der sog. Zusatzrenten um bis zu 90 Prozent), dass die Mehrwertsteuer griechenlandweit ein weiteres Mal erhöht wird und dass 14 Regionalflughäfen (an den deutschen Flughafenausbau Fraport) verkauft werden. Wenn bei diesen Verhandlungen die griechische Seite einzelne Forderungen zur „red line“ – als nicht verhandelbar – erklärt, wenn sie beispielsweise eine griechenlandweite Mehrwertsteuer-Erhöhung bei Medikamenten und Lebensmitteln strikt ablehnt, dann brechen die Unterhändler der EU die Gespräche ab. Und es dringen neue Lügen an die Öffentlichkeit – etwa die, wonach die Regierungsvertreter aus Athen „Texte abgefasst nur in griechischer Sprache“ vorgelegt hätten.

Schon möglich, dass die Kreditgeber in den nächsten Tagen – „kurz vor dem Herzstillstand“ – gestatten, dass das Land und seine Bevölkerung „ein paar Atemzüge“ nehmen können. Doch die Folterpraxis wird fortgesetzt. Wie beim physischen Waterboarding ist beim kreditbasierten Waterboarding erforderlich, dass das Opfer sich in Gefangen-

schaft befindet. Im ersten Fall in einem CIA-Gefängnis. Im letztgenannten Fall in einem Kredit-Gefängnis, im Mittelalter auch Schuldenturm genannt. Konkret: Im April muss Griechenland weitere 0,7 Milliarden Euro an Zins- und Tilgungszahlungen an seine Gläubiger bezahlen. Im Mai sind es dann 0,9 Milliarden. Spätestens in der Hitze des griechischen Sommers, in den Monaten Juni, Juli und August, beginnt die Periode verschärfter Kredit-Folter: im Juni sind 1,9 Milliarden, im Juli 4,8 Milliarden und im August nochmals 3,7 Milliarden Euro fällig. Allein im Zeitraum April bis August müssen demnach 12 Milliarden Euro an Zahlungen geleistet werden – deutlich mehr, als die oben erwähnte gesamte Tranche ausmacht.

Es ist also klar: Griechenland kann all diese Zins- und Tilgungszahlungen nicht leisten. Das wissen alle Leute vom Fach. Einige wenige sagen dies auch offen. So stellte der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi fest: „Jeder weiß, dass Griechenland seine Schulden niemals zurückzahlen kann.“ (*Tagespiegel* vom 13. Februar 2015). All dies ist nicht von der aktuellen griechischen Regierung, sondern von den Vorgänger-Regierungen in Athen und von den Waterboarding-Spezialisten der EU und des IWF, die Griechenland seit 2010 die neuen gigantischen Kredite aufzwingen, zu verantworten (siehe S. 2). Griechenland braucht also, wie dies die neue Regierung in Athen sofort nach ihrem Amtsantritt erklärte, einen radikalen Schuldenschnitt.

Einen Unterschied zwischen der physischen Folterpraxis und der Kredit-Fol-

terpraxis gibt es jedoch. Das Waterboarding, wie es die US-Folterspezialisten in Guantánamo und in ihren geheimen Gefängnissen in Europa, so in Polen, angewandt haben, brachte nachweislich keine neuen Erkenntnisse. Diese Folterpraxis – die im übrigen früher von der Heiligen Inquisition, dann von der Gestapo und nicht zuletzt von den Roten Khmer in Kambodscha angewandt wurde – ist Teil der Brutalisierung der Gesellschaft.

Die Kredit-Folterpraxis des Waterboardings ist auch Teil der Brutalisierung der globalisierten Weltwirtschaft. Sie ist jedoch zugleich äußerst effizient. Es geht den Kreditgebern nämlich gar nicht um eine Rückzahlung der Schulden. Es geht um die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustands. Es geht um „ein paar Atemzüge“ – auf dass die Prozedur immer von vorne beginnen und immer neues Geld und Gut aus dem Land gepresst werden kann. Tatsächlich bezahlte Griechenland allein seit 1991 640 Milliarden Euro an Zinsen, wovon drei Viertel an ausländische Kreditgeber ging. Das ist das Doppelte dessen, was die gesamte Schuld Griechenlands ausmacht.

Es ist notwendig, die Öffentlichkeit über die reale Situation in Griechenland aufzuklären und eine breite Unterstützung für die Forderungen der griechischen Zivilgesellschaft und der Regierung in Athen zu gewinnen. Der untragbare Zustand fortgesetzter Folter gegenüber der Bevölkerung in Griechenland muss beendet werden.

Kesariani zum Beispiel

Rolf Becker

1941 überfällt die deutsche Wehrmacht Griechenland. Widerstand wird mit Terror niedergeschlagen, Orte werden „ausgelöscht“, Lebensmittel beschlagnahmt; die Bevölkerung hungert und verhungert. Goebbels notiert im Winter 1941/42: „Hunger ist zu einer endemischen Krankheit geworden. Leute sterben aus Erschöpfung zu Tausenden in den Straßen Athens.“

Für all das gibt es seitdem keinen Ausgleich, Reparationszahlungen werden verweigert, Tatsachen der deutschen Bevölkerung vorenthalten. Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1987: „Diese Gedenkstätte ist unlösbar mit der Geschichte Ihres und meines Volkes verknüpft. Kein Mensch, zumal kein Deutscher, kann hier stehen, ohne von der Botschaft dieses Ortes tief berührt zu sein.“

Seine Worte bleiben ohne Konsequenz. Er sprach sie in Kesariani, dem Athener „Schießstand der Deutschen Wehrmacht“. Dort wurden 600 Griechen ermordet; 1944, am 1. Mai, 200 kommunistische Häftlinge aus dem KZ Chaidari, so wie zuvor, am 5. September 1943, acht jugendliche Widerstandskämpfer. Unter ihnen der 14-jährige Andreas Likourinos, der vor seiner Hinrichtung noch gefoltert wird. Vom Wehrmacht-LKW, der sie durch Athen transportiert, wirft er einen Zettel: „*Papa! Sie bringen mich nach Kesariani zur Hinrichtung, zusammen mit 7 anderen (hier folgen die Namen). Ich bitte Dich sehr, verständige ihre Familien. Betrübe Dich nicht. Ich sterbe für die Freiheit und das Vaterland. Andreas*“. Seine Abschiedszeilen finden sich im Buch „*Und die Flamme soll euch nicht versengen. Letzte Briefe zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand*.“ Das Vorwort schrieb Thomas Mann. Luigi Nono vertonte die Zeilen in seinen Kinder-Totenliedern.

Rolf Becker ist Schauspieler und aktiv bei ver.di Hamburg

In eigener Sache

Diese Zeitung wird von einem breiten Spektrum von Personen herausgegeben. Sie eignet sich auch aufgrund des niedrigen Unkostenbeitrags (100 Ex = 15 Euro) dazu, verteilt oder – z.B. in griechischen Kneipen – ausgelegt zu werden. Wir bitten um Unterstützung, Spenden und Werbung. Details siehe Seite 8.

FaktenCheck: Hellas-Redaktion

Stammtisch versus FaktenCheck:HELLAS



@yannis-ioannou.com

Sie kennen sie. Sie lesen darüber fast tagtäglich. Oder Sie hören sie im Büro, auf der Straße, im Betrieb, in der Kneipe. Diese *Stammtisch-Parolen* – über Griechenland, über „die Griechen“, über die deutschen „Hilfen“.

FaktenCheck:HELLAS lässt im Folgenden fünf dieser Parolen Revue passieren – und unterzieht diese einem Fakten-Check: (1) „Die Regierung in Griechenland ist für das heruntergewirtschaftete Land verantwortlich“ // (2) „Griechenland erhielt mehr als 250 Milliarden Euro an Hilfen – irgendwann muss da Schluss sein“ // (3) „Was die Griechen in ihrem Land konkret machen, das hat nichts mit uns zu tun“ // (4) „Griechenland war auf gutem Weg – und jetzt diese Chaoten-Regierung von Halbstarcken“ // (5) „Griechenland ist halt ein Sonderfall“.

Im einzelnen.

Stammtisch-Parole (1): „Die Regierung in Griechenland handelt verantwortungslos. Sie ist für eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich.“

FaktenCheck:HELLAS Bis Ende Januar 2015 regierte in Griechenland eine Regierung der großen Koalition. Ihr Premierminister Andonis Samaras gehört der konservativen Partei Nea Demokratia an. Diese Partei ist die Schwesterpartei von CDU/CSU. Der Koalitionspartner von Samaras war die PASOK-Partei, die der SPD nahesteht. Vor Samaras und im Zeitraum November 2011 bis Mai 2012 stand an der Spitze der Regierung in Athen Loukas Papademos – ein Banker, der 2002 bis 2010 Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB) war. Papademos war vor diesem EZB-Job

Chef der griechischen Notenbank. Diese letztgenannte Funktion hatte er inne, als Griechenland in die Eurozone aufgenommen und die Drachme durch den Euro ersetzt wurde. Papademos war also maßgeblich für die Manipulationen mitverantwortlich, mit denen die griechische Staatsschuld bei der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone künstlich heruntergerechnet wurde. Vor Papademos wiederum regierte in Athen die PASOK-Partei allein mit dem Premier Giorgos Papandreou.

Es gab also seit Ausbruch der neuen Krise in Griechenland in Athen immer Regierungen, die eng mit der deutschen politischen Klasse und mit den Parteien, die die Regierungen in Berlin trugen, verbunden waren. Diese Verbundenheit mit den Kreisen, die in Deutschland das Sagen haben, ging äußerst weit. Als Papandreou es im November 2011 wagte, einen Volksentscheid über das erste Troika-Memorandum und damit über die Austeritätspolitik, die von der EU und dem IWF verordnet worden war, anzukündigen, wurde er binnen weniger Tage aus dem Amt gefegt. An seine Stelle trat, wie bereits erwähnt, der „Technokrat“ und Banker Papademos. Dieser Regierungswechsel erfolgte ferngesteuert – ohne Wahl. Er war eindeutig von Berlin aus gesteuert, wobei die deutsche Regierung damals von der französischen Führung unter Sarkozy unterstützt wurde.

Es gab in all den Jahren in Berlin und Brüssel immer wieder Lob dafür, dass die jeweiligen Regierungen in Athen eine „gute Politik“ machten, dass man „auf gutem Weg“ sei. Siehe unten die Stammtisch-Parole vier.

Bilanz: Es ist unter diesen Bedingungen schlicht unhaltbar, wenn für die Krise in Griechenland eine Regierung verantwortlich gemacht wird, die erst seit wenigen Wochen im Amt ist und deren Personal nie zuvor etwas mit der Politik zu tun hatte, die in Athen gemacht wurde.

Stammtisch-Parole (2): „Griechenland erhielt Milliarden-Hilfen. Irgendwann ist Schicht.“

FaktenCheck:HELLAS Die sogenannten Hilfsgelder von derzeit rund 240 Milliarden Euro kamen nie bei der griechischen Bevölkerung an. Mindestens 80 Prozent – andere Analysen kommen auf 90 Prozent – davon flossen an deutsche, französische, an andere europäische und auch an griechische Banken.¹ Bei der Bevölkerung kam das Gegenteil von „Hilfe“ an: Da diese Kredite an die Auflagen der Troika mit all den Einschnitten u.a. im sozialen Bereich gekoppelt waren, sind die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit und das verbreitete Elend in Griechenland eine *direkte Folge der neuen Kredite* (siehe Stammtisch-Argument 4).

Bilanz: Bei den „Hilfen“ für Griechenland handelt es sich wie bei allen „Hilfen“ dieser Art, die es seit der Wirtschaftskrise 2008 gab, vor allem um Hilfen für den Bankensektor. Faule Kredite privater Banken werden umgerubelt in öffentliche Schulden.

Stammtisch-Parole (3): „Die konkrete Politik vor Ort in Griechenland ist allein Sache der griechischen Regierungen. Wenn es da Hunger und Elend gibt, dann hat das nichts mit den Hilfspaketen zu tun.“

FaktenCheck:HELLAS Tatsächlich schrieb die Troika, also die EU, vertreten durch EU-Kommission und EZB, und der IWF, in ihren „Memoranden“ jeweils bis ins Detail vor, wie und wo in Griechenland zu „sparen“, in welcher konkreten Form der Sozialstaat abzubauen sei. Siehe die Beispiele, die Nikos Chilas in seinem Artikel auf Seite 3 nennt. Siehe die aktuellen Beispiele, die auf Seite

1 hinsichtlich der neuen EU-Forderungen genannt werden. Vergleichbares gilt auch für die deutsche Politik. Als beispielsweise am 27. Februar 2012 im Deutschen Bundestag ein neues „Hilfspaket für Griechenland“ verabschiedet wurde, da war der entsprechende Regierungsantrag, den der Bundestag am Ende mehrheitlich verabschiedete, mit einem Dokument untersetzt, in dem es u.a. heißt: „Notwendige Maßnahmen [der griechischen Regierung]: Kürzung der Aufwendungen für Arzneimittel um mindestens 1076 Mio Euro im Jahr 2012.“ In dem Text werden über 11 Seiten hinweg und in Tabellenform weitere extreme Sparmaßnahmen im Sozialbereich im Detail aufgelistet. Diese werden ausdrücklich als *Voraussetzungen* dafür bezeichnet, dass die Kredite tatsächlich ausgezahlt werden.

Bilanz: Die EU und der IWF sind direkt verantwortlich für das soziale Elend, für die massiv gestiegene Säuglings- und Kindersterblichkeit, für die hohe Selbstmordrate, für die Tatsache, dass ein Drittel der griechischen Bevölkerung nicht mehr krankenversichert ist, für den Umstand, dass bis zu 300 000 Menschen von der Stromzufuhr abgeschnitten wurden, für den Umstand, dass Hunderttausenden Schulkinder und Studierenden kein Lernmaterial zur Verfügung gestellt werden kann, für die Tragödie, dass Jahr für Jahr Zehntausende Griechinnen und Griechen das Land verlassen. Und so weiter und so fort.

Stammtisch-Parole (4): „Griechenland

Die Griechen verhandeln um ihr Leben. [...] Auf dem Tisch liegt für sie die Zukunft von Generationen. Nur ist diese Betonung des Humanitären kein hinreichend überzeugendes Argument in den Räumen der hohen Brüsseler Beamten – die EU-Diplomaten und die neue griechische Regierung sprechen in ganz unterschiedlichen Sprachen.

Margarita Tsomou, Missy-Magazin, Die Zeit, 17. Februar 2015

war doch auf gutem Weg – und dann kommt diese Laienspielschar in Athen an die Regierung und stoppt den Reformprozess.“

FaktenCheck:HELLAS Das Gegenteil ist der Fall. Griechenland befand sich bis zum Jahr 2009 auf einem holprigen Weg. Das Land wurde ab dem Jahr 2010 in eine Schussfahrt Richtung Abgrund gestoßen. Dies geschah als direkte Folge der Auflagen von EU und Troika. Die Grunddaten, die dies belegen: Die Schuldenquote Griechenlands lag 2009

offiziell bei 105 Prozent oder – wenn die Manipulationen voll berücksichtigt werden – bei 110 Prozent des BIP. Diese Quote liegt heute bei 178 Prozent. Das BIP fiel wie folgt: 2009: – 4,4%; 2010: – 5,4%; 2011: – 8,9%; 2012: – 6,6%; 2013: – 3,9%; 2014: 0%. Die Arbeitslosenquote stieg seit 2009 auf das Zweieinhalbfache.

Bilanz: Der wirtschaftliche und soziale Abstieg des Landes begann vor allem ab dem Zeitpunkt, als die Troika faktisch die Kontrolle über die Politik in Griechenland in die Hand nahm. Sie bzw. ihre Auftraggeber EU und IWF behaupteten Jahr für Jahr, dass man „auf dem Weg der Besserung“ sei. So hieß es beispielsweise in der Erklärung der „Euro-Gruppe“ – der Finanzminister der Euro-Zone – vom 21. Februar 2012: „Diese Beiträge [neue „Reformen“ usw.; d. FCH-Red.] werden sicherstellen, dass die griechische Schuldenquote kontinuierlich zurückgeführt und bis 2020 bei 120% des BIP liegen wird.“ Wohlgedemert: Diese Quote stieg weiter und liegt heute bei knapp 180 Prozent. Es war also stets das Gegenteil der Fall.

Stammtisch-Parole (5): „Griechenland ist ein Sonderfall. Da passt dann auch eine besondere Behandlung.“

FaktenCheck:HELLAS 2010 konnte man es tatsächlich so sehen: Griechenland als „Sonderfall“. Seither gab es jedoch den „Sonderfall Portugal“. Den „Sonderfall Irland“. Den „Sonderfall Spanien“. Den „Sonderfall Zypern“. Und es spricht vieles dafür, dass es in wenigen Monaten den „Sonderfall Italien“ geben wird. Es überzeugt nicht, von „Sonderfällen“ zu reden, wenn heute bereits fünf Eurozonen-Länder in vergleichbare Strukturkrisen abgerutscht sind und wenn sich ein Schwergewicht wie Italien auf der schiefen Ebene in eine solche Krise befindet. Offensichtlich wird der „Sonderfall Griechenland“ zum „Normalfall Strukturkrise Peripherie“ und möglicherweise sogar zum „Normalfall Eurozonen-Krise“. Siehe ausführlich Seite 6.

Bilanz: Offensichtlich gibt es in der Eurozone eine innere Logik, die diejenigen Länder, die wirtschaftlich weniger stark sind, immer schwächer macht und diese immer mehr in die Krise und in soziales Elend stößt. Und es muss in dieser Eurozone eine innere Logik geben, die parallel dazu führt, dass die wirtschaftlich starken Länder, an deren Spitze Deutschland, fortgesetzt stärker werden. Diese Logik widerspricht aber sozialen Grundsätzen und dem Gebot, die Würde der Menschen zu respektieren.

ANZEIGE

Solidarität mit Griechenland!

DIE LINKE an der Seite von SYRIZA!

Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Voraussichtlicher Termin: Montag, 15.6.15, Berlin

Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de/termine

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

FaktenCheck: HELLAS

Kredit versus Demokratie

Die deutsche Bundesregierung verharrte Ende Januar nach dem Sieg von Syriza bei den Parlamentswahlen zunächst in einer Art Schockstarre. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* konstatierte in ihrer Ausgabe vom 27. Januar 2015, es sei höchst ungewöhnlich, dass die deutsche Regierung zunächst nicht zum Wahlsieg gratuliert habe. Später ließ der deutsche Regierungssprecher mitteilen, man „respektiere die Wahl“. Was an sich eine Selbstverständlichkeit – und in dieser Form fast wieder eine Drohung – ist. Dabei zweifelte keiner daran, dass die Regierung in Athen demokratisch gewählt wurde. In den Wochen nach dieser Wahl stieg in Griechenland die Zustimmung für Syriza und Tsipras in der Bevölkerung noch auf 60 und mehr Prozent. Doch parallel reagierte die deutsche Regierung immer aggressiver gegen die Regierung in Athen. Offensichtlich geht es nicht um Demokratie, sondern um Anderes. Um was, das erklärte die Wochenzeitung *Die Zeit* in ihrer Ausgabe vom 29. Januar 2015 wie folgt: „Wenn Gläubiger und Schuldner aufeinandertreffen, wird demokratische Selbstbestimmung zum Nullsummenspiel: Aus deutscher Sicht ist jeder Zugewinn an Autonomie in Griechenland eine Einschränkung der Autonomie Deutschlands. Es geht [...] also um die Frage, ob 10 Millionen Griechen 80 Millionen Deutschen die Bedingungen diktieren – oder doch umgekehrt.“

¹ Im einzelnen: Attac Österreich hat sich die Mühe gemacht, die verschlungenen Wege der „Hilfen“ konkret zu verfolgen: Von den ursprünglich 207 Milliarden an „Hilfen“, die seit Mai 2010 in den vier „Memoranden“ vereinbart worden sind (inzwischen sind es 240 Milliarden), wurden 55 Milliarden für die Rückzahlung fällig gewordener Staatsanleihen, 11 Milliarden für den Rückkauf alter Schulden verwendet; mit 58 Milliarden Euro wurde das Eigenkapital griechischer Banken aufgestockt – nachdem es durch Kapitalflucht der Reichen ins Ausland kräftig ausgezehrt worden war. Mit 35 Milliarden wurde den Banken und „Investmentfonds“ der Welt der Schuldenschnitt des Jahres 2012 schmackhaft gemacht – nachdem sie vorher angesichts von Zinsen bis 35 Prozent einen kräftigen Reibach gemacht hatten. Die Gesamtzahlungen Griechenlands für Zinsen und Tilgung dürften sich für die vergangenen 20 Jahre auf über eine Billion Dollar belaufen – das Land wurde von den Gläubigern also kräftig ausgezehrt.

Im Netz der Spinne

Die Anwendungsgesetze der Memoranden in Griechenland

Nikos Chilas

Wenn es Nacht wird in Athen, durchdringt die Dunkelheit die Metropole. Richtig beleuchtet wird nur noch das Zentrum, nur ein wenig entfernt sind die Straßenbeleuchtungen zumeist ausgeschaltet. Auch die Messogion-Allee, eine der Hauptadern der griechischen Hauptstadt, liegt fast völlig im Dunkeln. Ähnlich ergeht es den Umlandgemeinden: Sei es aus Sparsamkeit, sei es aus Mangel an Geld (so dass sie von der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft DEI nicht mehr mit Strom versorgt werden) – sie sind dem Halbdunkel überlassen. Noch mehr gilt das für Hunderttausende Haushalte, die ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können.

In den ärmeren Distrikten bieten ganze Straßenzüge ein gespenstisches Bild – gut erkennbar aus der Vogelperspektive: Die Passagiere, die vor einigen Jahren aus den Flugzeugen ein Lichtermeer sahen, können jetzt nur noch eine fahle Landschaft, bespickt mit schwarzen Löchern, erkennen.

Die neue urbane Schwärze ist politisch verursacht. Sie gehört zu den Ergebnissen der zwei Memoranden, die zwischen den Regierungen in Athen und den Gläubigern aus Europäischer Kom-

Verringerung der Einnahmen der Angestellten im öffentlichen Sektor um 3 Prozent, die völlige Abschaffung des dreizehnten und vierzehnten Monatsgehalts sowie die weitere Entlassung von 8 Prozent des Personals vorsieht.

- Das Gesetz 3863/2010 für den privaten Sektor, das die Verringerung

„Hohe Wettbewerbsfähigkeit“ ist natürlich ein Euphemismus für niedrige Löhne und hohe Profite. Tatsächlich ist Deutschland genau in diesem Sinne wettbewerbsfähig: Die Wiedervereinigung sorgte für einen massiven Zufluss von Arbeitskräften aus dem Osten. Kurz und grob: Die Not der griechischen Beschäftigten heute ist die Europäisierung der Zwangslage der ostdeutschen Beschäftigten gestern.

Nicholas Vrousalis, www.opendemocracy.net, 24.3.2015

zung der Überstundenlöhne um 20 Prozent, die drastische Kürzung der Kündigungsfristen sowie die massive Erhöhung der Anzahl von Angestellten, die monatlich entlassen werden dürfen, bedingt.

- Die weiteren Gesetze bis Ende 2014, die zu noch drastischeren Kürzungen der Gehälter führen, und die die Tarifautonomie fast völlig aus den Angeln heben.

Im Pension- und Versicherungs-

nutzen. Die Kranken, die am Vormittag nicht zum Zuge kommen, müssen sich dann gegen hohes Honorar von Privatärzten behandeln lassen.

Im Steuerbereich:

Das Gesetz 3845/2010, das die Mehrwertsteuer (von 21 auf 23%) sowie die Steuern für Tabak, Alkoholgetränke und Benzin erhöhte. Dazu kam das sogenannte „Charatsi“ (wörtlich: Fron), eine Sondersteuer für alle mit elektrischem Strom versorgten Räume, sowie, im Jahre 2014, die ENFIA, eine Grundsteuer, die viermal so hoch ist wie der europäische Durchschnitt.

Parallel dazu sind mehrere Gesetze für die Rekapitalisierung der Banken auf Kosten der staatlichen Finanzen beschlossen worden, sowie ein Spezialfonds,

in den die Erlöse des privatisierten Staatsvermögens einfließen. Das eingenommene Geld wird in der Folge ausschließlich dazu verwendet, die griechischen Schulden zu bedienen.

Das neue System der Memorandums-Gesetze hat somit die Gestalt einer Spinne, die das Land und seine Leute in ihrem Netz gefangen hält. Die Anwendungsgesetze schaffen eine neue Wirklichkeit, die vom Niedergang der Wirtschaft, einer nie dagewesenen



Foto: Iakovos Hatzistavroun iakovos@eexi.gr

mission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) in den Jahren 2010 und 2012 vereinbart wurden. Ihr Zweck: die griechische Wirtschaft und Gesellschaft im neoliberalen Sinne komplett umzubauen. Präziser: Sie ist die Folge der etwa 425 Anwendungsgesetze, ergänzt um unzählige Gesetzesänderungen, die den Geist der Memoranden in den griechischen Alltag fließen lassen.

Einige Beispiele für die ersten Anwendungsgesetze, die nur einen Vorgeschmack auf die noch schärferen Nachfolgegesetze bieten:

Im Bereich der Arbeitsgesetze:

- Das Gesetz 3845/2010, das u.a. die

bereich:

- Die Gesetze 3845/2010 und 3847/2010 mit der Abschaffung der 13. und 14. Pension.
- Die Gesetze 3863/2010 und 3865/2010 mit der Entrichtung einer disproportional hohen „Solidaritätssteuer“ für Rentnerinnen und Rentner.

Im Gesundheits- und Sozialbereich:

- Das Gesetz 3918/2011 mit einem neuen Versicherungsträger (EOPYY, später PEDI), das mit der Schließung von fünf großen Hospitälern verbunden war. Parallel dazu wurde es Privatärzten erlaubt, ab Mittag die Einrichtungen der öffentlichen Krankenhäuser für ihre Patienten zu

Arbeitslosigkeit sowie der Verelendung großer Teile der Bevölkerung geprägt ist. Jeder Fluchtversuch aus diesem Netz ist für die meisten Betroffenen aussichtslos, zumal sie über keine brauchbaren Ausweichmöglichkeiten verfügen.

Das Elend, das diese Anwendungsgesetze schaffen, ist auf Schritt und Tritt zu sehen – am sichtbarsten dort, wo die Obdachlosen, die Hungrigen und die Kranken nach unmittelbarer Hilfe suchen: Bei den Kirchen, den Gemeindeeinrichtungen, den NGOs oder den Selbsthilfegruppen, die provisorische Quartiere, Essen oder ärztliche Dienste zur Verfügung stellen. „Es sind die Tator der Solidarität“, schrieb eine Zeitung. **Tator Findelhaus auf dem Ku-**

Flüchtlingseind gelindert

Annette Groth

In Griechenland leben etwa 1 Million Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge, die zumeist unter unmenschlichen Bedingungen in Flüchtlingsgefängnissen dahinvegetieren. Die Syriza-Regierung will diese Unterkünfte schließen und die Geflüchteten stattdessen in menschenwürdigen Auffangzentren unterbringen („no detention but reception“). Dafür fehlt aber das Geld. Die Bedeutung von Migration und Asyl für die Athener Regierung wird amn neuen Ministerium für Migration deutlich sowie an einem Gesetz, durch das allen in Griechenland geborenen Kindern die griechische Staatsbürgerschaft verliehen wird. Auch weil die vorherige Regierung keine Gelder vom EU-Flüchtlingsfonds beantragt hat, können minderjährige Flüchtlinge nicht adäquat betreut werden. Aufgrund der geographischen Lage ist Griechenland eines der „Hauptempfängerländer“ für Flüchtlinge. Die meisten wollen in andere EU-Länder, müssen aber aufgrund der Dublin-Regeln in Griechenland Asyl beantragen.

Es wird höchste Zeit für eine solidarische Flüchtlingspolitik in der EU, die mit humanitären Konventionen vereinbar ist. Den an den EU-Außengrenzen liegenden EU-Staaten muss ermöglicht werden, ankommende Flüchtlinge in diejenigen EU-Länder weiterreisen zu lassen, die entsprechend ihrer Bevölkerung wesentlich weniger Flüchtlinge aufnehmen als beispielsweise das gebeutelte Griechenland. Bislang hat die Regierung Tsipras dem rassistisch motivierten Druck aus der Gesellschaft widerstanden. Damit das so bleibt, sollte auch Deutschland viel mehr Geflüchtete aus Griechenland aufnehmen. Die Aufnahme von 50 Minderjährigen, um die die neue Ministerin für Migration die deutsche Regierung bittet, wäre ein kleines Zeichen in diese Richtung.

Annette Groth ist Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe

Kredit versus Demokratie

Alexis J. Passadakis

Pünktlicher Schuldendienst, Einhaltung der „Reformprogramme“ – wie eine Monstranz trägt die Bundesregierung diese Forderungen vor sich her. Schäuble wird seit Wochen nicht müde in die Mikrofone zu sprechen: Er kenne niemanden, der verstünde, was die griechische Regierung eigentlich wolle. Tatsächlich liegt es jenseits des Horizonts der deutschen Regierung, dass eine europäische Regierung ernsthaft beabsichtigen könnte, erstens die soziale Verelendung zu bekämpfen und zweitens die Frage nach Demokratie zu stellen.

Für viele in Griechenland war es ein Schock: Mit der Troika wurden seit 2010 demokratische Spielregeln faktisch außer Kraft gesetzt. Eine Troika gibt es in der griechischen Verfassung nicht. Auch im deutschen Grundgesetz würde man nach einer Troika vergeblich suchen. Selbst das Europaparlament hat eingeräumt, dass die Troika auch im Bezug auf die europäischen Verträge rechtswidrig ist. Viele Auflagen der Troika wurden nicht im Parlament abgestimmt, sondern einfach in Kraft gesetzt. Eine Übersetzung der detaillierten englischsprachigen „Verträge“ ins Griechische? Fehlanzeige!

„Verträge müssen eingehalten werden!“ dröhnen Kauder (CDU), Söder (CSU), Schulz (SPD). Aber ist Demokratie in der EU nur als Schönwetterprogramm gedacht? Wichtiger sind offensichtlich die Kontounterlagen der Gläubiger.

Der Aufstieg von Syriza begann 2011 mit der Besetzung des zentralen Syntagma-Platzes in Athen durch soziale Bewegungen, Gewerkschafter, Bürgerinnen und Bürger. Das Netzwerk, das den Anstoß gab, hieß: Reale Demokratie Jetzt!

Alexis J. Passadakis lebt in Köln, ist Politikwissenschaftler und aktiv bei Attac. Er besitzt einen deutschen und einen französischen Pass. Sein griechischer Großvater musste nach dem Überfall der Achsenmächte Italien und Deutschland auf Griechenland ab Anfang der 40er Jahre im IG Farben-Werk Hürth-Knappsack schuften.

munduru-Platz: Statt nur verlassene Babys zu betreuen, sorgt sich diese gemeindeeigene Einrichtung auch um schlecht ernährte Schüler. „Alles begann im September 2011, als die Lehrer einer Volksschule anriefen, um uns um ein paar Essensportionen zu bitten“, erzählt die Direktorin des Findelhauses, Maria Iliopoulou. „Die Kinder hungern, wir brauchen nicht darüber zu reden“. Aus den ursprünglichen 20 Portionen sind schnell 40 und 50 geworden – und heute, dreieinhalb Jahre danach, übersteigen sie die Zahl von 1400 (in Worten: eintausendvierhundert!) pro Tag.

Das Beispiel hat viele Nachahmer gefunden: Allein die Stiftung „Stavros Niarchos“ hat die Versorgung von 50.000 Schülern übernommen. Das Problem aber bleibt: Täglich berichten die Medien von Ohnmachtsanfällen in den Schulen, verursacht durch Hunger. Von Familien, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder halbwegs normal zu ernähren. Von einem „Ernährungsprekariat“ spricht die Professorin für präventive Medizin an der Athener Universität, Athina Linou.

Tator „Ärzte der Welt“: Am Anfang der Krise hat diese Organisation fast nur Flüchtlinge betreut. Heute sind es vor allem „autochthone“ Griechen, viele von ihnen aus mittleren Schichten, die alles Hab und Gut verloren haben und wegen Arbeitslosigkeit nicht mehr krankenversichert sind und damit keinen kostenlosen Zugang zum Gesundheitssystem mehr haben.

Tator „Tageszentren“: Zwei von Philanthropen gestiftete Häuser in Athen und Piräus, die tagsüber bis zu 200 obdachlosen Bürgern Aufenthalt und Essen bieten. Mehr als 3000 Menschen fragen jedoch täglich nach – die Philanthropie stößt so schnell an enge Grenzen.

Die Regierung von Alexis Tsipras versucht, die Anwendungsgesetze allmählich abzuschaffen. Das ist eine fast unlösbare Aufgabe angesichts des blindwütigen Widerstands der Gläubiger.

Nikos Chilas lebt in Berlin und Athen. Er ist Deutschlandkorrespondent der griechischen Zeitung „To Vima“.

Bis zum St. Nimmerleinstag

Der Umgang der bundesdeutschen Machtelite mit der Reparationsfrage

Eine Dokumentation – Karl Heinz Roth

Um die Jahreswende 1945/46 fand in Paris eine Inter-Alliierte Reparationskonferenz statt, auf der Griechenland Kriegsschadigungen im Umfang von 7,1 Milliarden US-Dollar zugesprochen wurden. Durch diesen Betrag sollte Griechenland in den Stand versetzt werden, die Folgen der deutschen Besatzungsherrschaft zu überwinden. Die Deutschen hatten Griechenland im April 1941 überfallen und in den folgenden dreieinhalb Okkupationsjahren schreckliche Massaker an der Zivilbevölkerung verübt. Sie hatten über 10 000 Ortschaften niedergebrannt, die Rohstoffressourcen geplündert, hohe Defizite im bilateralen Handelsverkehr aufgebaut und die Zentralbank zur Finanzierung ihrer Kriegführung im östlichen Mittelmeer und in Nordafrika gezwungen. Dadurch war es zu einer Hyperinflation mit einem extremen Anstieg der Lebensmittelpreise gekommen. Allein im Winter 1941/42 verhungerten 100 000 Menschen. Beim Rückzug im Herbst 1944 zerstörten die Deutschen drei Viertel der griechischen Handelsflotte und 80 Prozent des Straßen- und Schienennetzes.

Alle diese Schäden sollten in den folgenden Jahren durch eine Inter-Alliierte Reparations-Agentur (IARA) durch Demontagen und Warenlieferungen, durch die Abgabe von Schiffen der deutschen Handelsflotte und den Transfer eines Teils des deutschen Auslandsvermögens kompensiert werden. Der dabei in Aussicht genommene Gegenwert von 7,1 Milliarden US-Dollar bei Preisstand 1938 beläuft sich – unter Berücksichtigung der Inflation und der Wechselkurs-Relationen zwischen Reichsmark, D-Mark und Euro – heute auf mindestens 90 Milliarden Euro.

Bis heute haben sich die griechischen Regierungen immer wieder für die Begleichung der deutschen Reparations-schulden eingesetzt – aber weitgehend erfolglos. Bis Ende der 1950er Jahre erhielt Griechenland aus dem Reparationspool der IARA nur Lieferungen im Gegenwert von 25 Millionen US-Dollar. 1960 folgten weitere 115 Millionen D-Mark im Rahmen einer sogenannten Globalentschädigung für NS-Opfer, hinzu kamen 2001 nochmals 20 Millionen Euro zur Entschädigung griechischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Nazi-Deutschland ausgebeutet worden waren. Das war aber nur ein Bruchteil der offenen Reparations-schuld. Alle Versuche der griechischen Seite, hier

Abhilfe zu schaffen, stießen entweder ins Leere oder wurden mit undiplomatischer Härte zurückgewiesen.

Dauerverweis:

„Erst mit einem Friedensvertrag...“

Die deutsche Verweigerungshaltung Griechenlands gegenüber war kein Einzelfall. Seit Beginn der 1950er Jahre setzte die bundesdeutsche Machtelite alle Hebel in Bewegung, um die immer wieder aufkommenden Reparationsforderungen ins Leere laufen zu lassen. Als die Bundesregierung im Februar 1953 mit den Westmächten – USA, Großbritannien und Frankreich – das Londoner Schuldenabkommen schloss, gelang es ihr vor allem mit US-amerikanischer Unterstützung, die Reparationsfrage auszuklammern und auf einen späteren Friedensvertrag zu verlagern. Damit war es ihr in einem ersten Schritt gelungen, die westlichen Großmächte auf ihre Seite zu bringen und die „kleinen Alliierten“ – darunter auch Griechenland – zu isolieren. Der nächste Schritt folgte dann ein Jahr später, als die Westmächte mit der BRD einen Überleitungsvertrag zur Erlangung westdeutscher Souveränitätsrechte abschlossen. Erneut wurde die Reparationsfrage auf einen späteren Friedensvertrag verlagert. Parallel dazu schränkten die Westmächte aber auch ihre Reparationsansprüche ein und verzichteten auf weitere Demontagen. Mittelbar waren davon auch die „kleinen Alliierten“ betroffen, obwohl die mit dem Vertragswerk selbst nicht zu tun hatten.

Auf der Basis dieser ungleichen, die „kleinen Alliierten“ benachteiligenden Verträge von 1953 und 1954 erreichte die Bundesregierung Ende der 1950er Jahre den vorläufigen Stopp der Reparationsleistungen. Die IARA wurde aufgelöst, nachdem die Sowjetunion und Polen ihrerseits schon im August 1953 auf die Fortsetzung ihrer separat betriebenen Reparationen aus der DDR verzichtet hatten. Da aber die Ansprüche der „kleinen Reparationsgläubiger“ – neben Griechenland vor allem Jugoslawien, die Niederlande und andere europäische Länder – damit keineswegs vom Tisch waren, verlegte sich die westdeutsche politische Elite jetzt auf eine Hinhaltetaktik. Sie verwies alle noch ausstehenden Reparationsforderungen auf den künftigen Friedensvertrag, dessen Abschluss sie zugleich von der „Wiedervereinigung“ abhängig machte. Im Verlauf der 1960er

Jahre rückte diese Perspektive jedoch in weite Ferne. Damit schien auch die Reparationsfrage auf den Sankt Nimmerleinstag verlagert zu sein.

Was sollte aber geschehen, wenn genau dieses Ereignis – der Zusammenschluss der BRD und der DDR und ein abschließender Friedensvertrag auf die Tagesordnung gesetzt würde? Eine solche Perspektive tauchte erstmals 1969/70 auf, als die Bundesregierung eine Sicherheits- und Friedensofferte der Warschauer Paktstaaten mit ihrer „Neuen Ostpolitik“ beantwortete. Im Fall einer Annäherung der beiden Machtblöcke wäre die Reparationsfrage unweigerlich auf den Tisch gekommen. Just zu dieser Thematik formulierte der deutsche Botschafter in Luxemburg im April 1969 in einem Brief an das Auswärtige Amt seine Überlegungen und Fragen (Dokument Nr.1). Die Reparationsexperten des BRD-Außenmi-

„Längst bezahlt!“ – „Längst verjährt!“ – „Jetzt kommen die plötzlich DAMIT!“

So lauten die Antworten seitens Bundesregierung, „Bild-Zeitung“ und Bildungsbürgertum, wenn das Thema griechische Reparationsforderungen zur Sprache kommt. Dabei sind die drei Tatsachen unbestritten: (1) In nur wenigen Ländern hat die NS-Besatzungsmacht so gewütet wie in Griechenland: 520 000 Menschen oder 7,5 Prozent der Bevölkerung Griechenlands fanden den Tod durch NS-Gewalt. (2) Reparationen wurden so gut wie keine bezahlt. (3) Die griechische Seite erklärte seit Kriegsende immer wieder, dass für sie die Reparationsfrage nicht erledigt sei.

In dem Beitrag von Karl Heinz Roth und mit den hier wiedergegebenen drei Dokumenten aus dem (westdeutschen bzw. gesamtdeutschen) Diplomatischen Dienst wird *neu* belegt: Auch die westdeutsche Regierung unter Konrad Adenauer bzw. 1990 die Regierung unter Helmut Kohl waren sich immer im Klaren darüber, dass die Reparationsfrage im Grunde offen war – und sie legten ihre Strategie und Taktik im Detail fest, wie man die berechtigten Forderungen der Länder, die unter deutscher Besatzung und NS-Terror zu leiden hatten, ins Leere laufen lässt. „Ad kalendas Graecas“, wie es mit unfreiwillig-indirektem Bezug da heißt: bis zum St. Nimmerleinstag.

nisteriums erteilten ihm eine aufschlussreiche Antwort (Dokument Nr. 2). Sie beruhigten den Luxemburger Botschafter zunächst mit dem Hinweis, dass die Voraussetzungen für einen Friedensvertrag auf absehbare Zeit nicht gegeben seien, dass man also die in Sachen Reparationsfrage „schlafenden Hunde nicht wecken“ sollte. Käme es aber unvorhergesehenere Weise trotzdem zu diesem Ereignis, dann werde man den wieder aktiv werdenden Reparationsgläubigern gegenüber ers-

tens eine entsprechende Gegenrechnung aufmachen und die Gebietsverluste und Vertreibungen aus den Ostgebieten ins Spiel bringen, zweitens auf den seitens der vier alliierten Großmächte ausgesprochenen Reparationsverzicht rekurrieren und diese drittens gegen die kleineren Reparationsgläubiger ausspielen.

„Kommt die Wiedervereinigung aber doch, ist das Thema verjährt“

Als sich im Kontext der osteuropäischen

Massenmörder mit Heimkehrerentschädigung

Athen, 5. März 1959. An diesem Tag wird Max Merten von einem griechischen Gericht zu 25 Jahren Haft verurteilt. Er war von 1941 bis 1944 Chef der deutschen Wehrmachtsverwaltung in Thessaloniki und einer der Organisatoren der Deportation von 50 000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager von Auschwitz. Er hatte sich 1957 unvorsichtigerweise an die früheren Stätten seines verbrecherischen Wirkens begeben und wurde dabei verhaftet. Vor der Urteilsverkündung wurde im Deutschen Bundestag die Ratifizierung eines Finanzabkommens mit Griechenland zurückgestellt, um einen Strafverzicht zu erzwingen.

Tatsächlich wurde Merten am 5. November 1959 freigelassen; faktisch wurde er freigeprasst. Für seine „Passionszeit in Griechenland“, so die Formulierung im *Spiegel* (32/1961) erhielt der verurteilte Kriegsverbrecher Merten in Westdeutschland „Heimkehrerentschädigung“. Er starb 1971 unbescholten.



Merten in Griechenland (links) und als honorierter Bürger in der BRD (rechts)

FaktenCheck: HELLAS drei dokumente auswärtiges amt

Dokument Nr. 1

Schreiben der Deutschen Botschaft in Luxemburg an das Bonner Auswärtige Amt
Luxemburg, den 9. April 1969

Betr. Europäische Sicherheits- und Friedenskonferenz
Hier: Wiederaufleben der Reparationsforderungen gemäß Londoner Schuldenabkommen

Durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953¹ gelang es dank des Entgegenkommens unserer amerikanischen Freunde, die gewaltigen Reparationsforderungen der Feindstaaten des letzten Weltkrieges bis zum Abschluss eines Friedensvertrages zurückzustellen, d.h. unsere Gegner des letzten Weltkrieges ad kalendas Graecas² zu verfrachten. Eigentlich müsste es doch unser Interesse sein, diesen Zwischenzustand des Nichtzustandekommens eines Friedensvertrages so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, um diese Forderungen unserer einstigen Gegner durch Zeitablauf einer Verwirkung oder Verjährung zuzuführen. Anders ausgedrückt: man sollte schlafende Hunde nicht wecken.

Neuerdings wird nun aber als Fernziel unserer Entspannungspolitik gelegentlich im Westen, aber auch – siehe die neuesten Beschlüsse der Warschauer Paktstaaten in Budapest vom Februar 1969 – im Osten von dem Plan einer europäischen Sicherheits- und Friedenskonferenz gesprochen. Bisweilen wird zum Ausdruck gebracht, dass das Ergebnis dieser Konferenz ein europäischer Sicherheits- und Friedensvertrag sein müsse, der gewissermaßen

den Abschluss des zweiten Weltkrieges und der durch ihn in Europa aufgetretenen Probleme darstelle.

Es muss m.E. in diesem Zusammenhang mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass Unterzeichnerstaaten des Londoner Schuldenabkommens zu gegebener Zeit die Frage anschnitten oder die These aufstellen werden, dass mit einem solchen Sicherheits- und Friedensvertrag die im Londoner Schuldenabkommen zurückgestellten Reparationsforderungen aus dem zweiten Weltkrieg wieder aufleben. Denn wann sollen eigentlich nach dem Willen der Unterzeichner des Londoner Schuldenabkommens (zu denen übrigens ausser Jugoslawien kein kommunistischer Staat gehört) die Reparationsforderungen der geschädigten Feindstaaten des zweiten Weltkrieges wieder zur Verhandlung stehen, wenn nicht bei der im Anschluss an einen solchen umfassenden Friedensvertrag. Angesichts unserer gesicherten Währungs-lage könnte – zumal wenn inzwischen eine weitere Lockerung des NATO-Verbandes eingetreten ist – die Begehrlichkeit unserer jetzigen Partner und einstigen Gegner zu einer Front von Gläubigern führen, die uns – jedenfalls rechtlich – in eine äusserst schwierige Position bringen könnten.

Ich wäre – nur zu meiner eigenen Unterrichtung – für eine Mitteilung dankbar, wie das Auswärtige Amt zu diesem Fragenkomplex steht.

[Unterschrift]

Quelle: Politisches Archiv des Ausw. Amts, B 86 / 1271

Dokument Nr. 2

Antwortschreiben des Auswärtigen Amtes an die Deutsche Botschaft Luxemburg, Bonn, 6. Mai 1969

[...] Die Bundesregierung hält nach wie vor an dem seit je vertretenen Standpunkt fest, daß ein Friedensvertrag, in dem dann auch die

FaktenCheck: HELLAS

Individuelle Reparationsleistung über 875 Euro

Im Streit um griechische Reparationsforderungen für Naziverbrechen im Zweiten Weltkrieg hat ein deutsches Urlauberpaar die Initiative ergriffen: Die beiden überreichten dem Bürgermeister der Stadt Nafplio im Osten der Peloponnes, Dimitris Kotsouros, einen Scheck über 875 Euro. „Sie sagten, sie wollten das Verhalten ihrer Regierung wiedergutmachen“, so Kotsouros. „Sie haben errechnet, dass jeder Deutsche uns 875 Euro schulde für das, was Griechenland während des Zweiten Weltkrieges zahlen musste.“

Die Touristen hätten seine Stadt für ihre Reparationszahlung ausgesucht, weil sie im 19. Jahrhundert griechische Hauptstadt war, sagte der Bürgermeister. Griechische Medien berichteten, bei dem Paar handele es sich um einen Rentner und eine in Teilzeit arbeitende Frau. Die beiden hätten nicht genug Geld gehabt, um den von ihnen errechneten Reparationsbeitrag für zwei Personen zu zahlen.

Meldung der Nachrichtenagentur AFP vom 19. März 2015

¹ Alle drei Dokumente sind hier so wiedergegeben, wie im Original abgefasst, es sei denn, Änderungen sind durch Anmerkungen ausgewiesen.

² Im Original irrtümlich: 1949

³ Bis zum St. Nimmerleinstag; niemals.

„Holen Sie sich unser Geld bei den Banken und der griechischen Oberschicht zurück!“

Sahra Wagenknecht

Finanzminister Schäuble hat kürzlich versucht, die griechische Regierung mit der Bemerkung vorzuführen: Tja, Regieren sei halt immer ein Rendezvous mit der Realität. Da kann man nur sagen: Schön wär's! Schön wäre es, wenn die deutsche Regierung ihr Rendezvous mit der Realität endlich auch einmal erleben würde.

Realität ist, dass es nicht die Syriza, sondern die griechischen Schwesterparteien von CDU/CSU und SPD waren, die über Jahrzehnte einen riesigen Schuldenberg aufgetürmt haben, um sich und der Oberschicht die Taschen vollzustopfen.

Realität ist auch, dass Griechenland bereits 2010 hoffnungslos überschuldet war und dass es eine verantwortungslose Veruntreuung von deutschem Steuergeld war, mit diesem Geld die Schulden der Griechen bei den Banken zu bezahlen. Wir haben deswegen damals nicht zugestimmt. Wir haben damals schon einen Schuldenschnitt gefordert.

Wer einem Überschuldeten Kredit gibt, der wird sein Geld mutmaßlich nie wiedersehen. Aber die Verantwortung dafür liegt bei Ihnen, Frau Merkel und Herr Schäuble, und nicht bei der neuen griechischen Regierung, die noch nicht einmal zwei Monate im Amt ist.

Realität ist auch, dass unter dem Protektorat der von Ihnen immer noch hochgeschätzten Troika, über deren kriminelle Machenschaften man sich in dem hervorragenden Dokumentarfilm von Harald Schumann informieren kann, die griechischen Schulden noch weiter gewachsen und die griechischen Milliardäre noch reicher geworden sind. Und das wollen Sie fortsetzen? Da kann ich nur sagen: Gute Nacht!

Wenn Sie unser Geld zurückholen wollen, dann holen Sie es bei denen, die es bekommen haben, und das waren nicht griechische Rentner und griechische Krankenschwestern, sondern die internationalen Banken und die griechische Oberschicht. An dieser Stelle können Sie der griechischen Regierung helfen, das Geld wieder einzutreiben.

Realität ist schließlich, dass die Demokratie in Europa durch die Erpressungspolitik gegenüber Griechenland schweren Schaden nimmt. Wer die Demokratie verteidigen will, der muss sich dafür einsetzen, dass die europäischen Länder endlich wieder von ihren gewählten Regierungen und nicht von Finanzmärkten, nicht von dem ehemaligen Investmentbanker Mario Draghi und, bitte schön, auch nicht von

Ihnen, Frau Merkel, regiert werden.

Wenn Sie die Demokratie und unsere europäischen Werte verteidigen wollen, dann stoppen Sie die sogenannten Freihandelsabkommen, dann stoppen Sie TTIP, in dessen Folge demokratische Wahlen endgültig zur bloßen Farce verkommen.

Wenn Sie ein einiges Europa wollen, dann hören Sie auf, andere Länder zu demütigen und ihnen Programme zu diktieren, die ihrer jungen Generation jede Perspektive nehmen.

Hören Sie auf, Europa sogenannte Strukturreformen vorzuschreiben, die nur auf wachsende Ungleichheit und einen immer größeren Niedriglohnsektor hinauslaufen! In Deutschland sind infolge dieser Politik mittlerweile 3 Millionen Menschen trotz Arbeit so arm, dass sie nicht ordentlich heizen, sich nicht anständig ernähren und schon gar nicht in den Urlaub fahren können. Statt diese Politik zum Exportschlager zu erklären, wäre es an der Zeit – und übrigens sehr im europäischen Interesse –, sie endlich hier in Deutschland zu korrigieren; denn es ist nicht zuletzt das deutsche Lohndumping, das anderen Ländern der Währungsunion die Luft zum Atmen nimmt.

Auszüge aus einer Bundestagsrede am 19. März 2015. Sahra Wagenknecht, MdB DIE LINKE, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

ANZEIGE

VSA: Griechenland



karl heinz roth
**griechenland am abgrund
die deutsche reparationsschuld**
eine flugschrift | 96 Seiten | 9.00 Euro
ISBN 978-3-89965-664-0

Griechenland befindet sich am Rand einer humanitären Katastrophe. Der Zusammenbruch der Banken und ein Staatsbankrott sind nicht auszuschließen, seitdem die von Deutschland dominierten Gläubiger der Linksregierung unter Alexis Tsipras (Syriza) den Geldhahn zugedreht haben. Es ist das zweite Mal in der jüngeren Geschichte Griechenlands, dass Deutsche das Land in den Würgegriff genommen haben: Im April 1941 errichtete die Wehrmacht eine brutale Besatzungsherrschaft, während der Massaker an der

Zivilbevölkerung verübt und die Wirtschaft ausgeraubt wurden. Diese Flugschrift ist »eine realpolitisch durchdachte Blaupause, die den überfälligen moralischen Schlussstrich unter die Hypothesen des Zweiten Weltkriegs mit den Sichtweisen und Handlungsoptionen der post-keynesianischen Schule der politischen Ökonomie verbindet«.

www.vsa-verlaag.de

Umbrüche von 1989/90 der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik abzeichnete, wurde es erst für die deutschen Reparationsexperten. Denn nun kam just auf sie zu, womit sie die Griechen, Jugoslawen, Italiener, Niederländer, Belgier und Norweger jahrzehntlang vertröstet hatten: Der Friedensvertrag mit den alliierten Siegermächten – und damit auch die abschließende Klärung der Reparationsfrage. Wie wir einer Vorlage des Kanzlerberaters Horst Teltschik an Kohl vom März 1990 entnehmen können, schworen sie den Bundeskanzler und die gesamte Führungsgruppe der politischen Klasse auf eine bemerkenswerte Sprachregelung ein (Dokument Nr. 3): Sie verwiesen erstens darauf, dass die BRD bislang nur Absichtserklärungen zur Reparationsfrage abgegeben, aber noch keinen einzigen konkreten Vertrag unterzeichnet hatte. Zweitens machten sie klar, dass in den nun anstehenden Verhandlungen mit den alliierten Siegermächten ein Abkommen durchgesetzt werden musste, das mit einem Friedensvertrag nichts zu tun hatte, weil ein Friedensvertrag unweigerlich eine abschließende Reparationsvereinbarung einschloss. Drittens konnte man ja darauf hinweisen, dass sich die Reparationsfrage aufgrund der in den vergangenen Jahrzehnten erbrachten Entschädigungsleistungen, durch die Verzichtserklärungen der großen Siegermächte und nicht zuletzt durch den Zeitfaktor („45 Jahre nach Kriegsende“) „de facto erledigt“ habe.

Wie wir inzwischen wissen, haben sich die deutschen Verhandlungspartner des Zwei-Plus-Vier-Vertrags exakt an die Vorgaben ihrer Experten aus der Ministerialbürokratie gehalten. In einem ersten Schritt brachten sie die „amerikanischen Freunde“ – Bush und Baker – und danach auch Großbritannien und Frankreich auf ihre Seite und erklärten gemeinsam mit ihnen den Begriff „Friedensvertrag“

Schließlich wirkt es peinlich, wenn das reiche Deutschland vom (abgesehen von den Oligarchen) armen Griechenland aktuell die Rückzahlung der Schulden verlangt, selbst aber nicht bereit ist, über eine Rückzahlung des Zwangskredits, den NS-Deutschland von Griechenland im Krieg erhoben hat, auch nur zu sprechen.

Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Der Spiegel, 17. März 2015

zum Tabuthema. Gegenüber den sich monatlang sträubenden sowjetischen und polnischen Verhandlungspartnern spielten sie die Karte ihrer bislang schon erbrachten Entschädigungszahlungen und des „Verjährungsfaktors“ und erzwangen schließlich ihren Rückzieher, indem sie die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie implizit von der Absetzung der Reparationsfrage von der Traktandenliste abhängig machten. Gegenüber den „kleinen Alliierten“ – insbesondere Jugoslawien, Griechenland und Italien – hatten sie dagegen leichtes Spiel: Sie entzogen ihnen ihr Mitspracherecht, indem sie sie einfach vom Verhandlungstisch fernhielten.

Mit der Ratifikation des Zwei-plus-Vier-Vertrags einen Tag vor dem DDR-Anschluss schien die Reparationsfrage tatsächlich „de facto erledigt“ zu sein. Sie war es indessen keineswegs aus völkerrechtlicher Perspektive. Der De-facto-Friedensvertrag vom 2. Oktober 1990 war für Griechenland oder Jugoslawien genauso wenig bindend wie der 1954er Überleitungsvertrag. Ihre Reparationsansprüche bestanden uneingeschränkt weiter. Jugoslawien und Griechenland haben sie auch danach immer wieder geltend gemacht: Jugoslawien bis zum Untergang der Jugoslawischen Föderation im Jahr 1999 und die griechischen Regierungen bis heute. Ihrer Hartnäckigkeit haben wir es zu danken, dass der zynische Umgang der deutschen Machtelite mit der Reparationsfrage endlich zum Skandal wird.

Wer heute immer noch die deutsche Reparationsschuld ablehnt, sollte sich weitere Krokodilstränen in Sachen Erinnerungskultur ersparen.

Karl Heinz Roth lebt in Bremen. Er ist Historiker, Mediziner und Vorstandsmitglied der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts.

+++ drei dokumente auswärtiges amt +++ drei dokumente auswärtiges amt +++ drei dokumente auswärtiges amt

finanziellen und sonstigen Kriegsfolgen geregelt werden müßten, nur von einer gesamtdeutschen Regierung geschlossen werden könnte, an seine Vorbereitung also entscheidende Schritte zur Wiedervereinigung gekoppelt sein müßten. Da die Verwirklichung einer solchen Forderung in der gegenwärtigen Lage aussichtslos erscheint, ist für uns auch die Diskussion über einen Friedensvertrag zur Zeit nicht aktuell. Nach wie vor sind die Pariser Verträge von 1954 für die Bundesrepublik Deutschland die maßgeblichen Kriegsabschlußverträge. Auch das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1954 gehört zu diesen vorläufigen Kriegsabschlußverträgen.

In dieser Lage wird die in Ihrem o.a. Bericht geäußerte Auffassung, daß wir kein Interesse daran haben können, durch eine Diskussion über einen Friedensvertrag zur Zeit ruhende Reparationsforderungen unserer ehemaligen Kriegsgegner wieder zu wecken, vollauf geteilt. Sollte es jedoch wider Erwarten in absehbarer Zeit zu Gesprächen über die Vorbereitung eines gesamtdeutschen Friedensvertrages kommen, dürfen unsere Gegenforderungen nicht außer Acht gelassen werden. Die Tatbestände der Vertreibung und Landnahme in Ost- und Mitteleuropa sowie die Enteignung des deutschen privaten Auslandsvermögens wären in einem solchen Falle als Grundlagen für eine deutsche Aufrechnung heranzuziehen. Es kann auch unterstellt werden, daß unsere NATO-Verbündeten, insbesondere die Partner des Pariser Vertragswerkes, die Repara-

tionsfrage im Verhältnis zu Deutschland als erledigt ansehen. Die Entstehung einer einheitlichen Front der Gläubiger des letzten Weltkrieges müßte sich angesichts der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Interessenlage dieser Gläubiger und der neuen, nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen politischen Gegensätze, wohl vermeiden lassen. [...]

[gez. Unterschrift]

Quelle: Politisches Archiv des Ausw. Amts, B 86 / 1271

Dokument Nr. 3:

Vorlage des Ministerialdirektors Horst Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 15. März 1990⁴

Betr.: Berechtigung eventueller Reparationsforderungen von Siegern des 2. Weltkriegs gegen ein vereintes Deutschland

Hier: Völkerrechtliche Bewertung

Zur Information

Die nachfolgenden Leitsätze stellen die Ergebnisse des beigefügten, mit dem Auswärtigen Amt abgestimmten Kurzgutachtens dar.⁵

– Der in der Völkerrechtspraxis geltende Begriff des Reparationsanspruchs umfaßt alle völkerrechtlichen Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit Kriegsereignissen. Er umfaßt also auch Individualansprüche geschädigter Staatsangehöriger der Siegerstaaten.

⁴ Die Vorlage enthält zahlreiche Unterstreichungen. Sie wurden bei der Transkription weggelassen.

⁵ Die Anlage wurde nicht mit abgedruckt.

– Gegenwärtig hat keiner unserer ehemaligen Kriegsgegner gegen uns einen Anspruch auf Reparationsleistungen.

Reparationsansprüche entstehen dem Grund und der Höhe nach durch vertragliche Vereinbarungen zwischen Sieger und Besiegtem. Eine vertragliche Verpflichtung zur allgemeinen Reparationsleistung für Schäden im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg sind wir bisher nie eingegangen. = In dem von uns unterzeichneten Londoner Schuldenabkommen von 1953 haben wir lediglich einer Regelung zugestimmt, wonach „eine Prüfung der aus dem 2. Weltkrieg herrührenden Forderungen ... bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt wird.“

Wann die „endgültige Regelung der Reparationsfrage“ erfolgen soll, ist im Londoner Schuldenabkommen nicht geregelt.

= Auch aus dem mit den Westalliierten geschlossenen Überleitungsvertrag geht nur hervor, daß „die Frage der Reparationen durch einen Friedensvertrag Deutschlands mit seinen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden soll.“ Auch dies ist keine vertragliche Vereinbarung eines konkreten Reparationsanspruchs.

– Ein Anspruch unserer ehemaligen Kriegsgegner auf Reparationsleistungen könnte erst aufgrund von Verpflichtungen entstehen, die wir im Rahmen eines friedensvertraglichen oder sonstigen, die Reparations-

frage regelnden Abkommens eingehen. Die Übernahme solcher Verpflichtungen wollen wir unter allen Umständen vermeiden.

– Aufgrund der o.a. Bestimmungen des Überleitungsvertrages können wir bei Abschluß eines formellen Friedensvertrages aber nicht vermeiden, daß die Reparationsfrage als Ganze und in Form konkreter Absprache auf den Tisch kommt und wir unter Druck gesetzt werden, uns zur Zahlung von Reparationen zu verpflichten. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung wie auch die Regierung eines künftigen vereinigten Deutschlands ein vorrangiges Interesse, sich jeder Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrags zu widersetzen.

– Ohne Abschluß eines formellen Friedensvertrages können wir darauf verweisen, daß der Eintritt der Wiedervereinigung nicht bedeutet, daß die Reparationsproblematik noch einmal aufgerollt werden muß, = weil dies nirgendwo vertraglich vereinbart ist = weil die Reparationsproblematik durch das Fehlen konkreter, vertraglich vereinbarter Verpflichtungen, durch Verzichtserklärungen unserer ehemaligen Gegner und durch die bereits erbrachten Leistungen Deutschlands 45 Jahre nach Kriegsende de facto erledigt ist.

Teltschik

Quelle: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, Bearbeitet von Hans Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, Dok. Nr. 222, S. 955-856

Griechenland wird zur Regel

Die Peripherie-Krise als Voraussetzung für deutsche Erfolge

Winfried Wolf

Der deutsche Finanzminister Schäuble äußerte mit Blick auf die neue Athener Regierung: „Hier geht es nicht mehr um einzelne Länder. Es geht um Europa.“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 21. Februar 2015). Der Mann hat Recht. Für Merkel, Schäuble und die deutschen Banken und Konzerne geht es aktuell darum, zu erreichen, dass es bei der jetzigen EU bleibt: Eine Europäische Union, die von der deutschen Wirtschaft beherrscht wird und deren Dominanz auch auf dem Elend der Peripherie basiert. Es handelt sich um ein „germanisiertes Europa“, wie dies auch der griechische Energieminister Panajotis Lafazanis sieht.

Seit Gründung der EWG 1956, der Vorgängerstruktur der heutigen EU, war die BRD die relativ stärkste Wirtschaftsmacht in Europa. Doch Länder wie Frankreich, Italien und Großbritannien spielten gewissermaßen in der gleichen Liga. Und das Gefälle der Länder, die in der ersten Liga spielten, zu den Ländern an der Peripherie – Portugal, Spanien oder Griechenland – schien nicht unüberwindbar. Beziehungsweise, wenn das Gefälle zu groß wurde, dann wurde die spanische Peseta, der portugiesische Escudo, die griechische Drachme oder die dänische Krone eben abgewertet. Diese Struktur änderte sich radikal mit einem historischen Ereignis und mit einer Maßnahme. Das Ereignis war die Wende 1989/90. Die Maßnahme war die Euro-Einführung.

Wende-Profitteur Deutschland

Vom Zusammenbruch der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Staaten profitierte die deutsche Ökonomie in besonderem Maß: aufgrund der Tradition des Osthandels und mit der Einverleibung der DDR. Übrigens hatte dieser Anschluss der DDR an die BRD in doppelter Weise „Vorbildcharakter“ für das, was derzeit in Griechenland passiert: Die 1990 eingerichtete „Treuhändanstalt“ praktizierte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine besonders aggressive Form der Privatisierung von öffentlichem Vermögen. Mit der Einführung der DM in der Ex-DDR (und der 1:1-Gleichsetzung von DDR-Mark mit DM) wurde die ehemals auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige DDR-Industrie binnen zweier Jahre zu 95 Prozent plattgemacht und vom Markt gefegt. Treuhänd-Praktiken sind seit 2011 elementare Bestandteile der Troika-Politik in Griechenland und in anderen Eurozonen-Peripherie-Staaten. Die Wirkung der DM auf DDR-Gebiet weist Parallelen auf zur Wirkung der „Einheitswährung“ Euro in der EU-Peripherie im Allgemeinen und in Griechenland im Besonderen.

In den ersten Jahren nach der Einführung des Euro 1999 – in Griechenland 2001 – schien die Eurozone eine Erfolgsmodell zu sein. Überall gab es Wachstum. Doch dieses basierte in der Peripherie in erheblichem Maß auf Kreditbasis (mit der Euro-Einführung waren zunächst die Zinsen deutlich gefallen). Und es gab damals – nach der Rezession 2000/2001 – eine weltweite Boomphase. Die Euro-Einführung war in dieser Hinsicht – wohl zufällig – zeitlich gut plaziert.

Spätestens seit der Krise 2008/2009 driften in der Eurozone jedoch *drei relevante ökonomische Indikatoren* deutlich auseinander: die wirtschaftliche Entwicklung (BIP), die Handels- und Leistungsbilanzen und die öffentlichen Schulden. Dazu trug wesentlich der Umstand bei, dass es in der EU (EWG, EG) für die weniger konkurrenzfähigen Staaten zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert nicht mehr möglich war, durch Abwertungen ihrer Währungen ihre Wettbewerbsfähigkeit teilweise wieder herzustellen (siehe *FaktenCheck*-Kasten).

Bruttoinlandsprodukte (BIP): Die Peripherie-Region der Eurozone mit Spanien, Portugal, Irland, Griechenland und Zypern befindet sich seit 2009 im ausgebildeten Krisenmodus. In Griechenland liegt das BIP inzwischen um mehr als 25 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Doch auch das BIP der anderen Peripherie-Länder liegt im Frühjahr 2015 noch deutlich unter dem Niveau, das vor der Krise und bis 2007 erreicht war. Für diese Staatengruppe gibt es in Bälde ein „verlorenes Jahrzehnt“. Das gab es noch nie seit der EWG-Gründung 1956 (siehe Grafik).

Zahlungsbilanzen: Noch anschaulicher wird das Auseinanderfallen der Eurozonen-Staaten bei einer Betrachtung der Zahlungsbilanzen. Die Peripheriestaaten Griechenland, Portugal und Spanien und die zwei Schwergewichte Frankreich und Italien weisen seit der Krise massive Zahlungsbilanzdefizite auf. Diese summieren sich allein für den Zeitraum 2006 bis 2014 auf mehr als eine Billion Euro (exakt 1108 Milliarden Euro). Demgegenüber konnte der „Zentrumsblock“ mit Deutschland, Österreich und den Niederlanden gewaltige Zahlungsbilanzüberschüsse erzielen (allein im Fall Deutschland waren dies 1362 Mrd. Euro; bei den drei Ländern zusammen sind es 1795 Mrd. Euro). Klar ist: Überschüsse in der Zahlungsbilanz des einen Landes haben immer ihr logisches Gegenstück in

entsprechenden Defiziten anderer Länder. Defizite wiederum sind weitgehend gleichzusetzen mit – neuen! – Schulden.

Öffentliche Schulden: In allen Peripheriestaaten stiegen die öffentlichen Schulden seit Krisenbeginn in absolutem



Montage: Joachim Römer

Zahlen deutlich und gemessen am BIP (= „Schuldenquote“) dramatisch. Eine Ursache dafür ist darin zu sehen, dass in all diesen Ländern die privaten Banken mit öffentlichen Geldern – also mit neuen Staatsschulden – „gerettet“ wurden. Der Anstieg ist allerdings auch Resultat der beschriebenen Zahlungsbilanzdefizite und – im Fall der Schuldenquote – des dokumentierten Rückgangs des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes. Die Schuldenquoten – die öffentlichen Schulden als Anteil am jeweiligen BIP – erhöhten sich seit der Krise dramatisch und wie folgt: In Griechenland von 110 Prozent 2006/2007 auf aktuell 175 %. In Portugal von 70 auf 129 %. In Irland von 24 auf 111 %. In Spanien von 39 auf 98 %. Und in Zypern von 59 auf 110 %.

Das heißt: Inzwischen liegen *alle* aufgeführten Peripheriestaaten bei diesem wichtigen Indikator auf einem Niveau, das gleich hoch oder höher liegt als im Fall Griechenland bei Beginn der dortigen Krise.

Hündisch-devot

Besonders bedrohlich für das Modell eines „germanisierten Europas“: 2015 wird erstmals Italien in vollem Umfang in den Krisenmodus trudeln; übrigens knapp gefolgt von Frankreich. Die Staatsschuldenquote Italiens ist bereits 2014 auf 130 Prozent geklettert. Sie liegt damit heute bereits deutlich höher als die Staatsschuldenquote Griechen-

lands zu Beginn der Krise. Vor allem herrscht eine unzweideutige Dynamik: In Italien stieg die offizielle Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent im Jahr 2010 auf 13 Prozent im Frühjahr 2015. Die Staatsschuldenquote lag 2010 „erst“ bei 115 Prozent. Sie lag Ende 2014 bereits bei 130 Prozent.

Vor wenigen Wochen ließ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mitteilen, Italien bekomme – im übrigen wie Frankreich – „Zeit bis 2017“, um „überzeugende Pläne“ zum Defizit- und Schuldenabbau vorzulegen. Ein Statement, das hinsichtlich der Härte, mit der die EU gegen Griechenland vorgeht, bizarr ist. Doch es handelt sich eben auch um ein Statement, das rational ist. Das spezifische Gewicht Italiens in der Eurozone ist sieben Mal größer als dasjenige Griechenlands. Vor allem aber ist wichtig: Matteo Renzi wedelt wie ein Schoßhündchen mit dem Schwänzchen (und Francois Hollande wie ein Pudel mit dem Stummel), wenn sie in den Bannkreis von Kanzlerin Merkel treten.

Zwei Inseln. Oder: Der Euro macht's

Die Insel-Republiken Island und Zypern sind vergleichbar groß. Beide erlebten sie eine vergleichbare Bankenkrise. In beiden Fällen waren die addierten Bilanzen des jeweiligen Finanzsektors sieben- bis zehn Mal größer als das jeweilige BIP. Die Reaktionen auf die Krise hätten dann unterschiedlicher nicht sein können: Auf Zypern gab es die sattsam bekannte Austeritätspolitik, diktiert von der EU, kontrolliert von der Troika. In Island gab es

kaum Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben. Es erfolgten keine Reduktionen bei den Einkommen und Renten der einfachen und armen Leute. Gerettet wurden – bis zu einem bestimmten Maximalbetrag – die Bankguthaben der Einheimischen. Die spekulativen Einlagen wurden in eine „Bad Bank“ ausgegliedert; Reiche und ausländische Anleger erlitten deutliche Verluste. Die Ergebnisse: Die isländische Wirtschaft wächst längst wieder. Die Schuldenquote reduzierte sich von 97 auf 81 Prozent. In Zypern dagegen fällt das BIP seit 2011; die Schuldenquote stieg von 60 auf bedrohliche 110 Prozent.

Wobei es zwei wesentliche *politische* Unterschiede gibt: (1) Zypern ist Mitglied in der EU und in der Eurozone; das Land musste sich dem Zwangsdiktat der Troika unterwerfen. Island dagegen ist nicht in der EU. Das Land verfügt über deutlich mehr Souveränität und vor allem über eine eigene Währung. Die isländische Krone wurde um mehr als 35 Prozent abgewertet. (2) In Zypern gab und gibt es eine konservative Regierung, die die Austeritätspolitik relativ brav mitträgt. In Island gab es seit Krisenbeginn neue Regierungen, die demokratisch legitimiert waren. Vor allem gab es auf Island mehrere Plebiszite und eine breite Mobilisierung der Bevölkerung, die wesentlich dazu beitrugen, die beschriebene alternative Politik zur Bewältigung der Krise zu betreiben.

Winfried Wolf ist Chefredakteur von Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie. Im aktuellen Heft dieser Zeitschrift mit seinen insgesamt 72 Seiten finden sich auf 38 Seiten Beiträge zu Griechenland. Siehe www.lunapark21.net

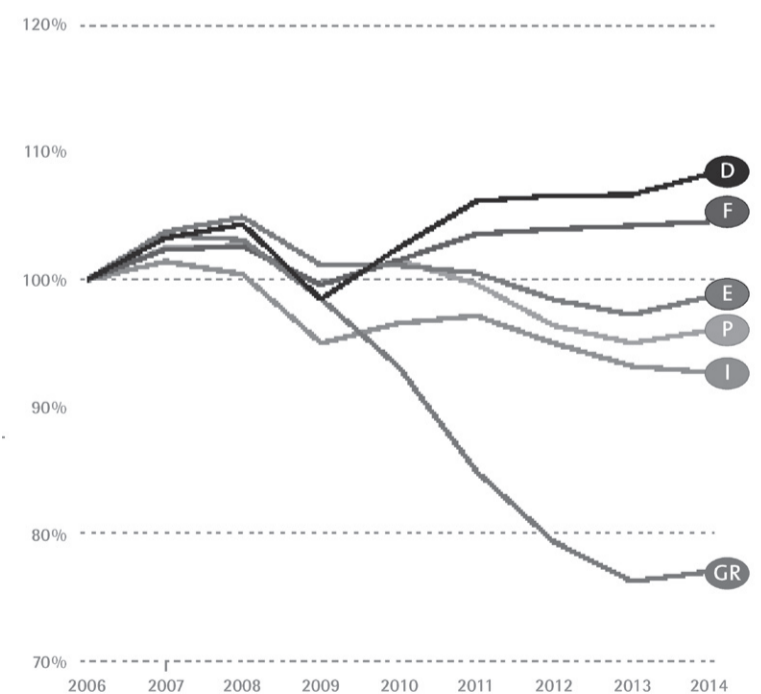
FaktenCheck: HELLAS

Faktencheck: Peripherie-Abwertungen 1979-1993

1979 wurde in der EG (heute EU) das Europäische Währungssystem (EWS) eingeführt. Danach durften die europäischen Währungen ihre Wechselkurse gegeneinander nur noch um Minibandbreiten verändern. Es handelte sich faktisch um einen Vorläufer der Einheitswährung. Es kam zu Spekulationskrisen, in deren Verlauf zunächst einzelne Währungen (schwedische Krone, britisches Pfund) aus dem EWS aussicherten. Im Sommer 1993 brach das EWS auseinander – mit massiven Veränderungen der Währungsparitäten.

Allein im 14-Jahres-Zeitraum März 1979 bis August 1993 werteten die einzelnen Währungen gegenüber der DM wie folgt ab: Drachme -86%; portugiesischer Escudo -75%; spanische Peseta: -54%; italienische Lira: -52%; irisches Pfund: -37%; französischer Franc: -33%. Es gibt kein rationales Argument dafür, warum es heute nach 15 Jahren Euro nicht einen vergleichbaren „Abwertungsbedarf“ in diesen nunmehr zur Eurozone zählenden Ländern geben würde. Der Unterschied gegenüber 1993: Heute können diese Länder nicht einfach abwerten. Und sie können nur unter äußerst erschwerten Bedingungen aus dem Euro aussteigen.

Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, Frankreich, Italien und den „Peripherie-Ländern“ Spanien, Portugal und Griechenland



In der Grafik wurde das letzte Jahr vor der Krise, das Jahr 2006, für alle hier wiedergegebenen Länder-BIPs als Ausgangspunkt gewählt und damit mit Index = 100 gesetzt. Damit wird deutlich, wie sich seither – beschleunigt durch die Krise – die einzelnen realen Bruttoinlandsprodukte auseinander entwickelten. Im Jahr 2014 liegt das deutsche BIP (D) real um rund 10 Prozent über dem 2006er-Ausgangspunkt. Das griechische (GR) liegt um rund 25 Prozent unter dem 2006er Wert. Dies sind die beiden Extremwerte der sich öffnenden Schere. Aber auch die Bruttoinlandsprodukte Italiens (I), Portugals (P) und Spaniens (E) haben acht Jahre nach der Krise noch ein Niveau, das niedriger ist als dasjenige von 2006. Das französische BIP (F) schneidet bei diesem Indikator relativ günstig ab, was sich allerdings nicht mit anderen Faktoren wie Schuldenquote und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit deckt.

Privat geht vor Katastrophe

Die EZB: Beihilfe zu Kapitalflucht und Kontrolle

Sebastian Gerhardt

Ein Netz kann Hilfe, ja Rettung bedeuten. Bei gefährlichen Aktionen ist es immer besser, ein Netz unter sich zu wissen. Anders fühlt es sich an, wenn man in einem Netz gefangen ist. Die engen finanziellen Verbindungen innerhalb der Eurozone bilden ein dichtes Netz. Aber nur einige werden damit gehalten, ja mitsamt ihren Reichtümern gerettet.

Im Spätherbst 2014 standen im griechischen Parlament Präsidentschaftswahlen an. Im Falle eines Scheiterns des Kandidaten der Regierung waren Neuwahlen sicher und ein Sieg von Syriza möglich. Im Dezember begann die Kapitalflucht. Die Einlagen von privaten Haushalten und Unternehmen bei den griechischen Geschäftsbanken verminderten sich um 4 Milliarden Euro. Im Januar betrug das Minus 12, im Februar nochmals 8 Milliarden. (*) Die Angaben für März lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor; dass sie einen weiteren Rückgang ausweisen, ist sicher. Aber schon bis Februar betrug der Rückgang 24 Milliarden Euro. So heftig sind die Einlagen bei den griechischen Banken nicht einmal während der akuten Krise 2010 oder dem Schuldenschnitt zwei Jahre später gefallen. Eine andere Zahl nur zum Vergleich: Bis Ende 2015 muss die griechische Regierung etwa 25 Milliarden Euro für ihren Schuldendienst aufbringen.

Ein Teil der Gelder, die von den griechischen Bankkonten abgehoben wurden, hat das Land nicht verlassen. Schätzungen sprechen inzwischen von vielleicht 10 oder 12 Milliarden Euro, die bar gehortet werden, weil auch die kleinen Leute in Griechenland ihren Banken nicht so richtig trauen. Der größere Teil allerdings ist ins Ausland überwiesen worden. Denn Geldvermögen sind in Griechenland so ungleich verteilt wie in anderen kapitalistischen Gesellschaften. Und die griechische Elite weiß so gut wie ihre Klassengenossen in anderen Ländern, wie man eine unliebsame Regierung diszipliniert: Austrocknen statt Demonstrieren ist die Protestpolitik der Oberklassen.

Wie 2010 und 2012 schlägt sich diese Auswanderung in den Konten des Eu-

ropäischen Zentralbankensystems nieder. Und wie damals jammert Hans Werner Sinn vom Münchener Ifo Institut über die „steigenden Salden im Target2-Zahlungssystem“. Die EZB in Frankfurt/Main hat mehr Klassenbewusstsein. Dort weiß man, dass privates Eigentum den Kern kapitalistischer Kontrolle der Wirtschaft bildet. Die Freiheit von grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen ist eines der Mittel, mit dem jede Regierung an diese Wahrheit erinnert werden kann. Daher legt die EZB der Kapitalflucht aus Griechenland keine Steine in den Weg. Sie leistet vielmehr Beihilfe, auch wenn sie dazu finanzielle Risiken eingehen muss, die buchhalterisch schwer zu rechtfertigen sind.

An anderer Stelle ist die EZB weniger flexibel. Kaum lag das griechische Wahlergebnis vor, da schloss sie am 4. Februar griechische Staatsanleihen aus dem Kreis der Sicherheiten aus, mit denen sich Banken im Euroraum Zentralbankgeld besorgen können. Formal war der Beschluss überfällig. Seit 2010 genügen die griechischen Staatsanleihen nicht mehr den offiziellen Vorschriften des Eurosystems. Doch erst mit dem Wahlsieg von Syriza wurden die Sondergenehmigungen aufgehoben, die griechischen Banken dennoch billigen Zugang zu Zentralbankgeld ermöglicht hatten. Es geht dabei nicht allein um die Banken. Der Beschluss zielt auf die neue griechische Regierung, der jede Alternative zu einem Abkommen mit der Eurogruppe verstellt werden soll.

Aus Sicht der EZB bestand ein Risiko: Da seit 2012 der staatliche Bankenrettungsfonds die Mehrheit an drei der vier griechischen Großbanken hält (gemeinsamer Marktanteil: 90 Prozent), könnte im Dreieck von griechischer Zentralbank, Geschäftsbanken und Finanzministerium die strenge Austerität der Troika umgangen werden. Leider waren diese Ängste übertrieben. Denn jede Ecke jenes griechischen Dreiecks ist auf äußere Unterstützung angewiesen, um weiter funktionieren zu können. Als am 20. Februar eine Einigung zwischen der griechischen Regierung und der Eurogruppe auf der Kippe stand, drohte die EZB nur

kurz mit einer Eskalation: das Modell Zypern stand als Drohkulisse im Raum. In dieser Situation stimmte die griechische Regierung einem schwierigen Kompromiss zu. Seitdem lautet ihre Formel nach außen: Schwejk statt Danton. Nach innen: Allende statt Castro. Nach der Sitzung des EZB-Rates am 5. März bestätigte Mario Draghi noch einmal die Entscheidung von Anfang Februar. Alexis

Tsipras sprach daraufhin von der EZB als „der Schlinge um unseren Hals“.

Woher kommt aber die Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft von der EZB? Wie sehen die tatsächlichen Kräfteverhältnisse aus? Was ist zu tun? Kern des Euro-Systems ist die Dominanz der deutschen Wirtschaft. Und die Grundlage des deutschen Einflusses ist ein Akkumulationsmodell, das mit der

effizienten Ausbeutung einer qualifizierten Arbeiterklasse eine weltmarktfähige Industrieproduktion sichert. Die Lohnstückkostenentwicklung ist seit Jahren, wie es die Wirtschaftspressen gern nennt, „moderat“: Die deutsche Einheit und Hartz IV garantieren, dass es so bleibt. Das heißt: Die deutschen Reallöhne stagnieren weitgehend seit der Euro-Einführung, die deutschen Löhne als Anteile an der Fertigung sinken in Folge gesteigerter Produktivität. Gleichzeitig stiegen in den meisten anderen Eurozonen-Ländern die Reallöhne bis zur Krise 2008 an.

Es waren nicht zuletzt die Niederlagen der Gewerkschaften seit 1990, die den deutschen Unternehmen ihren Platz an der Sonne geschaffen haben. Nach solchen Erfolgen an der ökonomischen Heimatfront konnte sich das deutsche Kapital auf die – friedliche – Eroberung fremder Märkte konzentrieren. Dort führt es vor, was erfolgreicher Imperialismus ist: die höchste Form der freien Konkurrenz. Oder, um es in der moralischen Sprache der neuen Zivilgesellschaft zu formulieren: das Recht des Stärkeren. Dieses Recht verteidigt die EZB, wenn sie auf der „Einhaltung der Regeln“ besteht. Solange die Schwachen schwach bleiben, hilft alle Empörung darüber nichts. Es geht um politische und soziale Organisationen, in denen die Erfahrungen ermüdender Konkurrenz und alltäglichen Klassenkampfes verarbeitet werden können – hier wie in Griechenland.

(*) <http://www.bankofgreece.gr/Pages/en/Statistics/monetary/deposits.aspx>

Sebastian Gerhardt arbeitet in Berlin in der „Topographie des Terrors“ und dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst. Er gehört zur Redaktion von Lunapark21.



Direkte Solidarität: Ganz anders Reisen

Wolfgang Pomrehn

Die von der Troika in Griechenland angerichtete soziale Katastrophe hat auf vielfältige Weise mit der Lage in Deutschland zu tun. Aus diesem Grund hat sich eine Gruppe von linken Basisgewerkschaftern aus verschiedenen deutschen und Schweizer Städten gedacht, dass es dringend mehr Kontakt zwischen den hiesigen und den griechischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen braucht. Seit drei Jahren fährt man daher in wechselnder Zusammensetzung einmal im Jahr zu einer intensiven Informationstour nach Griechenland, meist nach Athen und Saloniki. Neben diversen Gesprächen mit Aktivisten in Arbeitslosenzentren, solidarischen Kliniken, Migranten-Organisationen, Gewerkschaften und den Initiativen gegen den Goldbergbau in Chalkidiki in der Nähe von Saloniki werden dabei auch Spenden übergeben, die auf Veranstaltungen in Deutschland gesammelt wurden.

Im Gegenzug werden ebenfalls einmal im Jahr die geknüpften Kontakte genutzt, um Menschen aus den befreundeten Organisationen und Initiativen nach Deutschland einzuladen. Zuletzt war das Ende März der Fall. Zwölf Vertreter von verschiedenen Selbsthilfeprojekten und solidarischen Kliniken sowie diverser anderer Projekte tourten eine Woche durch

Nord- und Ostdeutschland sowie durch Hessen, um auf fast zwei Dutzend Veranstaltungen und zahlreichen Treffen mit Betriebsräten und Gewerkschaftsgremien über die Situation in Griechenland zu berichten. Mit dabei waren zum Beispiel auch zwei der streitbaren Putzfrauen der Finanzämter, die mit ihrem Kampf für ihre Wiedereinstellung zu einem Symbol des Widerstandes gegen die Troika geworden sind. Auch ein Vertreter des Arbeitslosenzentrums in Perama bei Piräus war dabei, eines Arbeiterstadtteils, in dem inzwischen rund 80 Prozent der Menschen erwerbslos sind. Ein Sprecher der Beschäftigten des öffentlichen Rundfunks ERT konnte außerdem über den einhalbjährigen Kampf gegen dessen Schließung berichten.

Die Reisegruppe wird auch in diesem Jahr wieder nach Griechenland fahren und hilft darüber hinaus gerne bei der Vermittlung von Kontakten. Zu erreichen ist sie über <http://one-struggle.site36.net/> • griechenlandsoli@riseup.net

Die Webseite der Vernetzung der deutschsprachigen Griechenland-Solidaritätsgruppen ist zu finden unter: <https://griechenlandsoli.wordpress.com/>, Facebook über: <https://www.facebook.com/griechenlandsoli/timeline>

FaktenCheck: HELLAS

EZB freischwebend – im Interesse der EU-Konzerne und Banken wirkend

Dass die EZB Teil der Troika ist, ist an sich bereits irritierend. Schließlich ist eine Zentralbank angehalten, sich nicht in die konkrete Wirtschaftspolitik eines Landes einzumischen und eine gewisse Neutralität zu wahren. Die Troika jedoch betreibt höchst gezielt und sehr parteiisch Wirtschaftspolitik. Parteiisch vor allem im Sinne des privaten Kapitals.

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Wer entschied denn, dass die EZB Teil der Troika ist? Als EU-Parlamentarier Anfang 2014 entsprechende Fragen an die EZB stellten, bilanzierte das *Handelsblatt* am 14. Januar 2014: „Die präzise Frage der Parlamentarier, wer für die EZB wann über die eigene Beteiligung an den Hilfsprogrammen entschieden habe, wird seitens der EZB nur sehr ausweichend beantwortet.“

Ein gutes Jahr später, kurz nach der Wahl in Griechenland, handelte die EZB knallhart. Unter der Überschrift „Draghi zieht den Hellas-Stecker“ beschrieb das *Wirtschaftsblatt* in Wien (vom 6.2.2015) den Vorgang wie folgt: „Fruchtbar nannte der neue griechische Finanzminister Varoufakis gestern seinen Besuch bei EZB-Präsident Draghi [...] Das Ergebnis war aus griechischer Sicht aber eher furchtbar. Noch in der Nacht darauf verkündete die Zentralbank, dass sie ab 11. Februar griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten für Banken anerkennt.“

ANZEIGE

Andreas Wehr
DIE EUROPÄISCHE UNION
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie
ISBN 978-3-89438-498-2 | 135 Seiten | € 9,90

Die EU – ein fragiles Bündnis. In ihm dominiert das Machtstreben der großen Mitgliedsstaaten, unter denen Deutschland den Ton angibt. Das Ziel, zum »wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum« zu werden, hat sie bisher nicht erreicht. Ihre Austeritätsdikate provozieren unvermeidlich Rückschläge.

Thomas Wagner
DEMOKRATIE IM ZANGENGRIFF
Welche Zukunft hat die EU?
ISBN 978-3-89438-557-6 | 118 Seiten | € 11,90

Während regierende Eliten einer »Vertiefung der EU« das Wort reden, drängen Nationalliberale unter »euroskeptischen« Vorzeichen darauf, den Sozialstaat zu schleifen. Im Zangengriff von anti- und postdemokratischen Bestrebungen wird europäische Politik zunehmend autoritär.

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Plattform „FaktenCheck:HELLAS“

Griechenland retten! – Europa neu gründen!

Die bisherigen sogenannten Rettungsmaßnahmen der Troika haben Griechenland nicht gerettet, sondern tiefer in die Katastrophe gestürzt: noch höhere Staatsverschuldung, noch größerer Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit, noch größere Arbeitslosigkeit und tiefere Armut. Die Rettung galt v.a. deutschen und französischen Banken.

Die damalige Oppositionspartei Syriza hat die damaligen Regierungen der Ministerpräsidenten Papandreou und Samaras davor gewarnt, die vergifteten Kredite aufzunehmen. Doch die Regierungen der griechischen Parteien Pasok und Nea Demokratia haben die Kredite angenommen – in Abstimmung mit ihren deutschen Partnerparteien SPD und CDU/CSU.

I
Wir begrüßen, dass die neue griechische Regierung in einem ersten Schritt 200 Millionen Euro für Hilfen an die ärmsten Krisenopfer bereitstellt – auch ohne Schäuble oder Juncker um Erlaubnis zu fragen. Wir unterstützen weitere solche Maßnahmen, die den Menschenrechten auf Schutz vor Armut, vor Wohnungslosigkeit und dem Schutz der Gesundheit und der Bildungsmöglichkeiten entsprechen.

Wir unterstützen einen Schuldenschnitt. Jeder Mensch, der 1 und 1 zusammenzählen kann, erkennt: Das von der Troika so zugerichtete Griechenland kann seine Schulden niemals zurückzahlen. Diese zerstörerische Logik wird nicht dadurch gewendet, dass Griechenland noch weiter stranguliert wird. Wir fordern, dass alle, die für die Überschuldung Griechenlands mitverantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden: Banken, Ratingagenturen, Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank, frühere Regierungsmitglieder und ihre Berater. Sie haben den erschütternden Eintritt Griechenlands in die Eurozone, die Ratings, die aufgenötigten Kredite und die katastrophalen Folgen zu verantworten.

II
Wir unterstützen, dass die mögliche Rückzahlung nicht aller, sondern nur der legitimen Schulden an den wirtschaftlichen Aufschwung, an die Wahrung der Menschen- und Arbeitsrechte, an die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und an die Souveränität der griechischen parlamentarischen Institutionen gebunden wird.

Wir unterstützen die griechische Regierung, Praktiken der Vorgängerregierungen zu revidieren: exzessive Beauftragung privater angloamerikanischer Berater, finanzielle Sonderrechte für Minister und Abgeordnete (Autos, üppige Reisekosten und Aufwandsentschädigungen u.ä.). Dies sehen wir auch als beispielhaft an für die Europäische Kommission, das EU-Parlament und die meisten Regierungen und Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten. Wir fordern, dass die EU und die EU-Regierungen nicht wie bisher den Vermögenden und großen Unternehmen die Instrumente der Steuerhinterziehung zur Verfügung stellen. Dies gilt insbesondere für Luxemburg, das unter dem langjährigen Ministerpräsidenten und heutigen Kommissionspräsidenten Juncker zur zweitgrößten Finanzoase der Welt ausgebaut wurde. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Verringerung der überproportionalen griechischen Rüstungsausgaben führen. Diese Folgen des von den USA und der Nato unterstützten Militärputsches des Jahres 1967 müssen beseitigt werden.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Aufdeckung der Regierungskorruption der letzten Jahrzehnte und ihrer Folgen dienen. Wir unterstützen auch die Forderung, dass deutsche und französische Rüstungsfirmen gegebenenfalls Schadenersatz an Griechenland zahlen. Wir fordern, dass die Justiz in den EU-Staaten den griechischen Behörden konsequente Amtshilfe gewährt.

III
Die EU feiert sich als Friedensmacht. Doch die Versöhnung nach der nationalsozialistischen Besetzung Europas war oft nur oberflächlich – insbesondere im Falle Griechenlands. Vor allem die deutsche Regierung hat die Reparationsfrage gezielt verdrängt. Die deutsche Seite muss sich zu Reparationszahlungen verpflichten. Die griechische Seite hat dazu die Einrichtung eines „Rats der Weisen“ vorgeschlagen. Unabhängig davon muss der Kredit zurückgezahlt werden, den das Hitler-Regime Griechenland 1942 aufgezwungen hat.

Die Verantwortlichen wissen, wie man eine überschuldete und am Boden liegende Volkswirtschaft auf die Beine bringt. Die BRD wurde als Rechtsnachfolgerin des „Dritten Reiches“ in der Londoner Schuldenkonferenz 1953 von den meisten Vorkriegs- und Kriegsschulden entlastet, Investitionen wurden gefördert, der Sozialstaat ausgebaut, die Gewerkschaften bekamen wieder Rechte. Warum soll das, was dem Rechtsnachfolger des Dritten Reiches gewährt wurde, dem Opfer Griechenland vorenthalten werden?

IV
Europa muss neu begründet werden. Wirtschaftliches Wachstum muss verbunden werden mit Gerechtigkeit, mit der Festigung und Installierung demokratischer Prozeduren, mit Frieden und Völkerverständigung. Hass, Demütigung und Verachtung gegenüber Griechenland sind unvereinbar mit europäischen Werten.

Wir ermuntern alle Initiativen, Bewegungen und Parteien, die sich in den anderen europäischen Staaten auf einen Weg wie Syriza in Griechenland begeben haben. Wir unterstützen jede Form gegenseitiger Information, Vernetzung und demonstrativer Aktionen. Auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten steht die Ablösung solcher Regierungen an, die aus Überzeugung, Erpressung, Korruption oder Dummheit an der Troika-Politik festhalten.

Athener Putzfrauen – Symbole des – anhaltenden! – Widerstands

Zu den Wahlversprechen, die Syriza bis heute nicht erfüllen konnte, gehört die Wiedereinstellung jener Putzfrauen, die mit ihrem jahrelangen Protest vor dem griechischen Finanzministerium ein Symbol des Widerstands gegen die Austeritätspolitik geworden sind. „Es stimmt, die Erwartungen sind sehr, sehr hoch. Wir hoffen, dass sie diese erfüllen kann und vor allem, dass die Wahlversprechen eingehalten werden. Es ist eine linke Regierung, und so sollte sie auch handeln. Wir werden sie dabei unterstützen, wo wir nur können,“ – so sagte es Vasiliki Gkova, eine von ihnen, im Interview mit der *jungen Welt*. „Stellen Sie sich vor: Ich bin mit 46 Jahren eine der jüngsten in unserer Gruppe. Es handelt sich hier also teilweise um Frauen, die über 60 Jahre alt sind, die auf die Straße gehen und den Polizisten trotzen. ... Fast alle Reinigungskräfte haben Gewalt durch die Polizei erfahren. Es war für uns eine furchtbare Erfahrung,

von jungen Männern, die unsere Söhne sein könnten, solchem Zwang ausgesetzt zu werden. Ich selber war zweimal auf Grund von Polizeigewalt im Krankenhaus und habe am Ende eine Anzeige wegen Körperverletzung an einem Polizeibeamten bekommen. Diese Erfahrungen haben mich natürlich verändert. Ich bin viel trotziger geworden und ich habe mir geschworen, auf der Straße zu bleiben und weiter zu kämpfen. Nicht nur für uns Reinigungskräfte, sondern für alle Menschen, die durch diese Politik in Bedrängnis geraten sind.“ (*junge Welt* vom 26. März 2015)

Bis heute stehen die Frauen vor dem Finanzministerium. Sie haben ihren Protest nicht abgebrochen, weil sie von Varoufakis begrüßt werden und in sein Büro eingeladen wurden. Die Unterstützung für die Syriza-Regierung ist nicht bedingungslos. Warum es geht, haben die Frauen selbst am besten formuliert.

Wir sind 595 Putzfrauen

die seit vielen Jahren im griechischen Finanzministerium arbeiten. Am 18. September 2013 wurden wir in einen „Status der Verfügbarkeit“ versetzt; im Mai 2014 verloren wir unsere Arbeit.

Wir alle sind Frauen. Die Benachteiligung des Geschlechts ist offensichtlich. Die meisten von uns sind älter als 50 Jahre und nahe an der Grenze zur Rente, die wir nie bekommen werden. Viele von uns sind alleinerziehend. Mit unserem Gehalt haben wir oft unsere Familien unterhalten.

Die Politik des Memorandums nimmt uns das Recht, zu arbeiten und zu leben. Gegenwärtig beträgt in unserem Land die Arbeitslosenrate 27 Prozent. Bei Frauen liegt sie bei 62 Prozent.
WIR HABEN KEINE HOFFUNG AUF EINEN ANDEREN ARBEITSPLATZ
WIR WERDEN OHNE EINE ABFINDUNG ENTLASSEN OHNE EINEN ANSPRUCH AUF ARBEITLOSENGELD OHNE ANSPRUCH AUF ÄRZTLICHE UND MEDIKAMENTÖSE VERSORGUNG



Die Regierung behauptete, dass sie uns entlässt, um die Staatsschulden zu verringern. In Wahrheit aber kosten wir dem griechischen Staat viel weniger als die Arbeitsteams der privaten Unternehmer, die unsere Arbeit übernahmen. Für die [alte] griechische Regierung und die Troika sind wir Nummern und keine menschlichen Leben.

Weil wir zu den unteren Schichten der Arbeiterklasse gehören und vor allem, weil wir Frauen sind, glaubte man, dass wir eine einfache Zielscheibe und ein schwacher Gegner seien. Wir aber, zusammen mit Tausenden von entlassenen Männern und Frauen, kämpfen täglich gegen die Auflagen der Troika, die unser Leben zerstören und uns in die völlige Verelendung führen.

Wir führen unseren Kampf weiter und wir werden nicht aufhören, bis wir unser Recht bekommen.

Wir fordern das Recht auf Arbeit, auf Sozialversicherung und auf Rente. Wir fordern das Selbstverständliche: Ein würdevolles Leben auf Grundlage unseres schlichten Berufs.

Dokumentiert in: Lunapark21, Heft 29, Frühjahr 2015

FaktenCheck: HELLAS bestellen!

FaktenCheck: HELLAS Impressum

FaktenCheck:Hellas hat acht Seiten. Aufgrund der niedrigen Abnahmepreise eignet sich FaktenCheck:Hellas ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, für ein Auslegen in Kulturzentren, Bürger- und Gemeindehäusern, in Reisebüros oder auch in Kneipen, z.B. „beim Griechen“

Bezugspreise wie folgt:

– bei Bestellungen zwischen 1 – 99 Ex.: 25 Cent je Ex.

– bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Ex.

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Redaktion Sebastian Gerhardt · Werner Rügemer · Mag Wompele · Winfried Wolf (V.i.S.d.P.)

Träger BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V.

Konto BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB
FaktenCheckHellas finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für Zeitungen und durch Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen: bestellen@faktencheckhellas.net

Website: www.faktencheckhellas.net

FaktenCheckHellas wird herausgegeben von: Tom Adler *Stuttgart* IGM Stadtrat ehem. BR Daimler · Prof. Elmar Altwater *Berlin* · Rolf Becker *Hamburg* ver.di Schauspieler · Georg Brzoska *Berlin* Soziologe · Nikos Chilas *Athen/Berlin* Journalist (To Vima) · Annette Groth *Stuttgart* MdB Die LINKE Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe · Heike Hänsel *Tübingen* MdB Die LINKE · Jürgen Harrer *Köln* Verleger · Prof. Rudolf Hickel *Bremen* · Ulla Jelpke *Berlin* MdB DIE LINKE innenpolitische Sprecherin der Fraktion · Angela Klein *Köln* Journalistin · Anton Kobel *Mannheim* ehem. Gewerkschaftssekretär hbl/ver.di · Bernd Köhler *Mannheim* Musiker · Gregor Kritidis *Hannover* Sozialwissenschaftler · Sabine Leidig *Hannover* MdB DIE LINKE · Völker Lösch *Stuttgart* Regisseur · Prof. Ingrid Lohmann *Hamburg* · Prof. Birgit Mahnkopf *Berlin* · Prof. Mohssen Massarrat *Berlin* · Prof. Norman Paech *Hamburg* · Alexis J. Passadakis *Berlin* Politikwissenschaftler · Tobias Pflüger Stellvertretender Parteivorsitzender Die LINKE · Christine Prayon *Stuttgart* Schauspielerin · Nadja Rakowitz *Frankfurt/M.* express · Werner Rügemer *Köln* Philosoph · Karl Heinz Roth *Bremen* Historiker · Conrad Schuhler *München* isw · Walter Sittler *Stuttgart* Schauspieler · Sybille Stamm *Stuttgart*, ehem. Landesbezirksleiterin ver.di, Vorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung · Margarita Tsomou *Berlin* Kulturwissenschaftlerin · Dorothee Vakalis *Thessaloniki* Pfarrerin i. R. · Sahra Wagenknecht *Merzig* MdB Die LINKE, stellvertretende Fraktionsvorsitzende · Mag Wompele *Bochum* labournet.de · Prof. Christian Zeller *Salzburg*
Die Funktionsangaben dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person)